



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.

Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:
Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt
bestellt werden. Bezugspreis 2,10 Mk. pro Vierteljahr
inklusive Postgeld.

Nr. 28.

Berlin, den 13. Oktober 1918.

13. Jahrgang.

Zwischenakts-Betrachtungen.

Berlin, den 8. Oktober 1918.

Die Welt harret jetzt auf die Antwort Wilsons und der Ententeregierungen. Wenn diese Zeilen vor die Augen unserer Leser gelangen, wird sie vielleicht erfolgt sein. Inzwischen haben die Dinge ihren Lauf weiter genommen. Der Bulgarenkönig Ferdinand hat auf seinen Thron verzichtet und sein Sohn hat in einem von der Revolution erschütterten Lande die Herrschaft in Besitz genommen. Er wird wohl kaum wie sein Vater 31 Jahre lang sein Volk „glücklich“ machen können. Auch die Kriegsergebnisse gehen ihren unerbittlichen Gang weiter.

Das hindert unsere unentwegten Schwertapostel nicht, nach der ersten Verblüffung wieder ingrimmig mit starken Worten um sich zu werfen. Die Vaterlandspartei knurrt und murrst in einer Rundgebung gegen den Friedenssturz der neugeborenen deutschen Regierung, die konservative Partei hat einen temperamentvollen Aufruf gegen die „Jämmerlinge“ und „qualenden Unten“ in die Welt geschickt und die alldeutsch orientierte Presse knirscht über „schwankende Gestalten“. Sie hält dem Prinzen Max von Baden vor, daß die Demokratie den Keim der Revolutionsgefahr in sich birgt und spricht dem neuen Vorker der Auswärtigen Politik Deutschlands, dem Herrn Dr. Solf, das Vertrauen ab. In der „Deutschen Tageszeitung“ verlangt Graf Reventlow kategorisch: „Wer die Nerven verloren hat, muß ersetzt werden“. Er meint damit nicht mehr und nicht weniger, als daß die Männer der neuen Regierung zum Teufel gehen sollen, noch ehe sie in ihren Sesseln warm geworden sind. Der Vollständigkeit halber sei noch registriert, daß das deutsche Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, es vor einigen Tagen für notwendig erachtet hat, festzustellen, daß die Konzeptionsarbeiten, die in brenzliger Situation an die Demokratisierung und Parlamentarisierung gemacht worden sind, nicht das mindeste an den verfassungsmäßigen Rechten des Kaisers ändern dürften. Es gehört auch nicht viel Divinationsgabe dazu, um sich die Stimmung, die die Vorgänge der letzten Woche in den Köpfen bei der Generalität erzeugt hat, auszumalen. Auch hier ist die Auffassung durchaus nicht einheitlich. Auch hier wollen und sollen Männer mit starken Nerven den Krieg fortsetzen.

In der Presse der regierenden Mehrheitsparteien herrscht dagegen eitel Hoffungslosigkeit und kritikloses Vertrauen. Wir wollen gewiß die neue Phase der deutschen Politik nicht unter schätzen, aber das Ueber schätzen überlassen wir gern den regierungssozialistischen Illusionspolitikern. Für uns als Wortführer der klassenbewußten Arbeiterschaft und als internationale Sozialisten bedeutet der Wandel in den höheren Regierungsregionen nur die erste Bankrottansage des bisher herrschenden Systems.

Daß das liberale Bürgertum dem neuen prinzipialen Reichskanzler fuhrenweise Vorschußlorbeeren darbringt, ist nicht weiter verwunderlich. Man denke doch, eine leibhaftige königliche Hoheit, ja sogar ein Erbprinz, als Bahnbrecher der Demokratie! Daß aber auch die Regierungssozialisten ihre Leier auf denselben Ton stimmen, ist ein starkes Stück. Es scheint im regierungssozialistischen Lager eine Art Wettbewerb ausgeföhren zu sein für die, die am schnellsten und arüudlichsten alle

Lehren der sozialistischen Klassenkampftheorie vergessen können. Prinz Max von Baden mag gewiß ein warmfühlender und wohlmeinender Mensch sein; es mag ihm sicherlich viel am Zustandekommen des Friedens liegen. Er kann gewiß bereit sein, der bürgerlichen Demokratie entgegenzukommen, aber alles nur insoweit, als das monarchische System unter allen Umständen erhalten bleibt. Eine wirkliche Demokratie, d. h. eine Volksherrschaft, in der das Volk in seinen breitesten Schichten den Staatsapparat in allen seinen Teilen in der Gewalt hat und das Wirtschaftsleben im Interesse der Massen regelt, ist niemals mit dem monarchischen System unter ein Dach zu bringen. Noch viel weniger ist das monarchische System zu vereinbaren mit dem letzten Ziel des Sozialismus: der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Die Aufrechterhaltung des monarchischen Systems ist aber auch gleichbedeutend mit der Aufrechterhaltung weitgehender Privilegien einer dünnen Oberschicht.

Jedenfalls lassen sich fürstliche Privilegien und Demokratie sehr schlecht in Einklang bringen. Dadurch aber, daß sich sogenannte Sozialisten unter der Leitung eines Prinzen in einem Kabinettsrat zusammensetzen, dienen sie nicht der Demokratie und noch viel weniger dem Sozialismus, sondern der Dynastie. Dabei sei daran erinnert, daß der vielgerühmte Prinz Max von Baden vor einiger Zeit ein Verdammungsurteil über die „Bolschewiki“ ausgesprochen und eine Art Weltsozialistengesetz gegen die „bolschewistische Gefahr“ gewünscht hat. Er hat damit der internationalen Solidarität der dynastischen und kapitalistischen Kreise Ausdruck gegeben. Für ehrliche Sozialisten müßte dagegen die internationale Solidarität des Proletariats die Forderung sein. Erzellenz Scheidemann aber beratschlagt jetzt Tag für Tag mit Seiner königlichen Hoheit, wie das deutsche Volk einschließlich der verschiedenen Throne und Altäre aus der großen Weltföndstut zu retten sei.

Die Aufregung und die rasche Flucht der Erscheinungen in der letzten Woche ließ es nicht zu, die Ministermache mit allen ihren Begleiterscheinungen zu beleuchten. Erst einer späteren Zeit wird es vorbehalten sein, die Parteintriguen und das Spiel der Eitelkeiten zu schildern, die bei dem großen Demokratisierungswerke mitgewirkt haben. Aber auf einen Umstand sei hingewiesen. An den wichtigsten und ausschlaggebendsten Faktoren der Staatsmaschine haben die Demokratisierungshelden nicht gerüttelt. Bei den zahllosen Besprechungen und Schiebungen, aus denen die neue Regierung hervorging, hat man die Frage der Besehung des Kriegs- und Marineministeriums hübsch beiseite gelassen. Und doch sind diese Ämter gerade in der Kriegszeit die wichtigsten Regierungsstellen. Der alte Lassalle'sche Satz: „Verfassungsfragen sind Machtfragen“ behält in dieser Zeit mehr denn je seine Geltung. Wir sind nicht so naiv, von dem heutigen Regierungsblok zu verlangen, daß er über seinen eigenen Schatten springe. Aber soviel hätte man von den parlamentarischen Ministermachern erwarten sollen, daß sie auch auf eine neue Besehung dieser wichtigsten Ämter gedrungen hätten. Der betreffende General und der Admiral — ein bürger-

licher Kriegs- oder Marineminister wäre in dem monarchischen Deutschland natürlich ein Unding — hätten sich ausdrücklich und vor aller Welt zu dem nach so dürftigen Programm der regierenden Mehrheit bekennen müssen. Aber so weit langte die Demokratisierungsenergie der Herrschaften nicht. Und so bleibt denn bestehen das Recht der Krone, so bleiben die realen Tatsachen der Machtverteilung; und die Demokratie muß sich mit rein dekorativen Rollen begnügen.

Drüben im Ententelager schlagen die Eroberungspolitik und Kriegstreiber jetzt dieselben Töne an, die wir vier Jahre lang von ihren deutschen Gesinnungs- und Mitgenossen gehört haben. Aber auch drüben leiden die breiten Massen unter den Wirkungen von 50 Kriegsmonaten. Es ist schon dafür gesorgt, daß die Bäume der Ententeimperialisten nicht in den Himmel wachsen. Es ist nur in der Ordnung, wenn die Sozialisten der Ententeländer, wie es schon die französische Partei getan hat, Wilson und ihre Regierungen drängen, auf das Waffenstillstands- und Friedensangebot der neuen deutschen Regierung einzugehen. Daneben steht aber allen Parteien eine Riesenaufgabe in bezug auf Demokratie und Sozialismus bevor. Jede einzelne hat in ihrem Lande je nach der politischen Situation mit allen Mitteln dafür zu kämpfen. Unser Kampf gegen die Scheindemokratie ist nicht ein Kampf gegen das Friedensangebot der deutschen Regierung, sondern ein Kampf, der das deutsche Volk vor einem Notfrieden und neuen Kriegsgefahren bewahren soll.

Ein französisches Urteil über die deutschen Ministeriellen.

In dem Organ der Richtung Bonquet in Frankreich, dem „Populaire“, finden sich folgende Sätze über die Ministerialisierung der deutschen abhängigen Sozialdemokratie:

„Wer hätte jemals geglaubt, daß die Sozialdemokraten, die einst mit der Ausrottung, oder besser der Zerschmetterung von dem letzten der Hohenzollern bedroht wurden, Erzellenzen werden würden. Es war im Jahre 1902 in Dresden, als die Sozialdemokratie den Ministerialismus verdammte. Und im Jahre 1904 gab sie in Amsterdam dieser Verurteilung Gültigkeit für die ganze Welt, unterstützt von zahlreichen anderen nationalen Fraktionen. Es ist wahr, daß im Laufe des Krieges die sozialistischen Parteien von Frankreich, von England, von Dänemark, von Schweden und auch von Belgien sich über dies Verbot hinweggesetzt haben. Die deutschen Mehrheitssozialisten werden den französischen folgen.“

Sicher ist es höchste Zeit, daß die Internationale wieder aufgerichtet wird. Heute wird das Wort des alten Domela Nieuwenhuis „Der Sozialismus ist in Gefahr!“ mehr als je zur Realität.

Aber wer weiß? Ebert wird vielleicht die Macht ergreifen, um den Frieden von Brest-Litowsk zu zerreißen und in seiner Eigenschaft als Minister des Innern allen eingesperrten Unabhängigen die Freiheit wiederzugeben.

Der Zweifel und die Ironie der Schlussätze sind nur zu berechtigt. Wo bleibt in den Bedingungen der Abhängigen die Forderung einer Revision des Brest-Vertrages im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wo die Forderung der Aufhebung des Belagerungszustandes und der Freigabe seiner Opfer?

Ein zeitgemäßer Vortrag.

In der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung sprach am Abend des 5. Oktober Paul Müller, Hamburg über „Die Freiheit der Meere“. Dieser seemannische Vortrag des Vorstandes der Seeverbände und „Sozialdemokrat“, wie er wiederholt betonte, erörterte das Thema angeblich vom Standpunkt des Seemanns von Beruf und deutschen Staatsbürgers. Soweit der Redner für die Achtung des Privateigentums auf See auch während eines Krieges eintrat, wenn er sich gegen Zollkrieg, Materialsperrung und ähnliche Mittel des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege wandte und sich für Internationalisierung aller wichtigen Meerengen aussprach, der eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege will, selbst ohne Sozialist zu sein. Müller ist aber nicht Vertreter dieser Forderungen um ihrer selbst willen, sondern sie sind ihm nur Mittel zu einer dauernden und beinahe einseitigen Hezrede gegen England, nicht nur gegen die herrschenden Klassen des Inselreiches, sondern auch gegen die Arbeiterschaft und das nationalstolze Kleinbürgertum. England hat den Krieg aus Handelsneid gegen das aufstrebende fleißige, intelligente deutsche Volk heraufbeschworen! England plant Deutschlands wirtschaftliche Vernichtung nach dem Kriege! England setzt sich der „Freiheit der Meere“, wie sie Müller versteht, entgegen. England ist überhaupt nach Müllers Darstellung der Hort aller Reaktion. Von den mitteleuropäischen Bestrebungen in Deutschland mit Vorzugszöllen für die Mächte des Vierbundes, vom Unterseebooskrieg und der Behandlung des Privateigentums selbst neutraler Staaten durch Deutschland im Weltkriege, weiß Müller, der „Sozialdemokrat“, nichts zu sagen. Er redet auch stets von dem Interesse des „deutschen Seesvolkes“ ohne Unterschied der Klasse und Partei. Im Interesse dieses Seesvolkes lag auch die Liebesgabe an die Needer zum angeblichen Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, die der Reichstag bewilligte. Ob die deutsche Flottenpolitik vor dem Kriege auch im wirklichen Interesse der deutschen Arbeiterschaft lag, davon verrät Müller nichts.

Es paßt zu diesen Ausführungen, daß Müller eine erweiterte koloniale Betätigung Deutschlands nach dem Kriege verlangt und auf der Rückgabe der deutschen Kolonien mit großem Nachdruck besteht.

Man sieht der „Seemann und Staatsbürger“ Paul Müller hat nichts gelernt und nichts vergessen. Er denkt noch genau so nationalistisch, selbst wenn er an sich berechnete Forderungen vertritt, genau so chauvinistisch, wie nach der Eroberung Antwerpens durch die deutschen Truppen. Damals schrieb Redakteur Paul Müller im Organ des deutschen Zentralverbandes der Transportarbeiter: „Stolz weht die deutsche Flagge auf Antwerpen; hoffentlich für immer!“

Das ist der Sozialdemokrat und Seemann Paul Müller, der die Interessen des deutschen Volkes ohne Unterschied der Klasse und Partei vertritt. Ein echter Sozialimperialist!

Die japanische Intervention.

Die Praxida schreibt: Japan entschloß sich nach vier Jahren Krieg aktiv zu handeln. Diese Einmischung Japans kam ganz unerwartet. Japan überlegte ganz geschäftsmäßig, es schonte seine Armees und verdiente zugleich Milliarden. Jetzt handelt Japan aktiv in Sibirien, indem es die vereinigten franko-anglo-ameriko-gegenrevolutionäre Front unterstützt, weil die Lebensinteressen der japanischen Imperialisten es verlangen. Die längst vorbereitete Einmischung Japans hat eine tiefe ökonomische Bedeutung. In der Sucht nach Märkten sieht Japan seinen europäischen Lehrern nicht nach. Die milliardenhohen Kriegserlöse und das Gold, welches den Japanern zufließt, ermöglichte bei den Fabrikanten des Landes der aufgehenden Sonne den gleichen Appetit, der ihre amerikanischen und europäischen Mitbewerber kennzeichnet. Die japanische Industrie, die bis 1914 der Nachtrabe im Innlande nicht entsprechen konnte, und sie mit der Einfuhr amerikanischer und englischer Erzeugnisse deckte, machte auf diesem Wege riesige Fortschritte. Der große Schröder der Londoner Börse — Japan — der sonst mit einem Defizit operierte, stand auf einmal als Bundesgenosse „auf eigenen Füßen“, und England mußte dem Wachstum und der Entwicklung des künftigen Konkurrenten zuschauen. Der Goldfonds Japans ist von 330 Millionen Yen auf 850 gewachsen, das heißt über 2½ mal. Die Erzeugnisse, deren Bedarf Japan bis 1914 selbst deckte, wurden im ersten Kriegsjahr zu einem Produkt der Massenausfuhr Japans, deren Gesamtsumme in Millionen Yen betrug:

1918—	688
1914—	591
1915—	708
1916—	1127
1917—	1585

Davon wurde an Erzeugnissen der japanischen Industrie und der Halbjahresausfuhr ausgeführt:

1918—	518
1914—	474
1915—	566
1916—	922
1917—	1310

Diese Ziffern beweisen, daß bei einer Steigerung der Ausfuhr der Rohmaterialien und Lebensmittelprodukte von 120 auf 275 Millionen Yen, das heißt um 150 Millionen, der Wert der ausgeführten Fabrikate und Halbjahresprodukte von 513 auf 1310 Millionen Yen, oder um 797 Millionen gestiegen ist. In dieser Zeit wechselte auch der Charakter der japanischen Ausfuhr. An Produkten der Metallindustrie hat Japan 1917 für 350 Millionen Rubel ausgeführt, gegen 50 Millionen im Jahre 1913. Und wurde bis Ausbruch des Krieges gar nicht ausgeführt, im Jahre 1917 erreichte die Ausfuhr 35 Millionen Rubel. Die frühere geringe Ausfuhr von Eisen und Eisenzeugnissen belief sich im Jahre 1917 auf 45 Millionen Rubel. Eine riesige Steigerung ist in der chemischen, elektrotechnischen und Glasindustrie zu bemerken, weil die deutsche, amerikanische und zum Teil belgische Konkurrenz fehlte. Es wurde z. B. an Erzeugnissen der elektrischen Industrie im Jahre 1917 für 15 Millionen Rubel ausgeführt, gegen 12 Millionen im Jahre 1913. Die Ausfuhr der Seidenerzeugnisse betrug 750 Millionen Rubel im Jahre 1917, gegen 385 Millionen 1913, obwohl die Seidenerzeugnisse im Verhältnis zu der Gesamtsumme von 43 Proz. auf 2 Proz. fielen. Der Krieg füllte also die Taschen der unternehmungslustigen japanischen Kapitalisten mit Millionen. Nicht nur, daß Japan die alten Märkte behielt, es eroberte sogar neue, wie zum Beispiel in Kanada, Argentinien und Südamerika. Die Ausfuhr Japans betrug in verschiedene Länder:

Jahr	Nordam.	China	Engl.	Frankr.	Rußl.	andere Länder
1918	185	185	88	80	9	180
1914	197	185	88	26	12	160
1915	204	168	88	42	90	141
1916	840	280	102	72	151	282
1917	497	884	208	101	88	287

Bei der Steigerung der Gesamtsumme um 2½ mal, ist Japans Ausfuhr in China um zweimal, in England um sechsmal, in Rußland um sechzehnmal gestiegen.

Die russische Revolution machte den Gefüßen der japanischen Kapitalisten ein Ende. Die immer steigende Ausfuhr nach Rußland fiel im Jahre 1917 von 151 Millionen auf 33 Millionen Yen. Den zweiten Schlag erzielte die japanische Industrie, als Amerika sich in den europäischen Krieg einmischte, und die Politik der äußersten Einschränkung der Ausfuhr durchsetzte, um die in dem Weltkrieg erzielten Milliarden zu behalten. Die 1918 aufgestellte Handelsbilanz zeigte, daß Japan ein Defizit verzeichnen mußte: die Einfuhr überstieg die Ausfuhr. So steht der wahre Grund der japanischen Intervention in Sibirien aus, und das ist die Erklärung für die japanische Außenpolitik. Das japanische Kapital, das im Kriege so unlaßlich gewachsen ist, braucht eine Zulage. Der größte Teil der japanischen Industrie arbeitete für russische Kriegszwecke. Die Kapitalisten suchen ein militärisches Abenteuer, um in denselben, und vielleicht größeren Umfang wie in Rußland zu arbeiten. Ein anderer Teil der japanischen Kapitalisten, die nicht Produkte des notwendigsten Bedarfs erzeugten, würden bei der Nationalisierung der Außenpolitik in Rußland keinen Absatz finden. Die japano-anglo-französische Front versuchte, den entscheidenden Markt zurückzubolen.

Der dritte Teil des japanischen Kapitals, das im Innlande nicht ausgenützt werden kann, träumte immer von Konzeption in Ostibirien, und behält in seiner Hand das, was er bei der Nationalisierung der Bergwerksindustrie nicht zu erwarten hatte.

Warum ich Sozialdemokrat bin.

Eine Antwort an Hugo Heimann.

In der Nummer 273 des „Vorwärts“ unterbreitet der Kandidat der Regierungssozialisten, Herr Stadtverordnetenordnungs-Stellvertreter Hugo Heimann, den Wählern des 1. Berliner Reichstagswahlkreises eine Art politisches Programm. Wenige Tage vorher brachte der „Vorwärts“ bereits einen Aufsatz von Hugo Heimann. Reichstagskandidaten pflegen häufig während des Wahlkampfes der Öffentlichkeit durch Artikel und Zuschriften in der Presse von ihrem Dasein, ihrem Wirken und Können Zeugnis abzulegen; vorher war nichts derartiges zu bemerken und nachher wird es gewöhnlich wieder still. Ich hatte mir vorgenommen, während des Wahlkampfes diese Gepflogenheit zu unterlassen, sehe mich aber nunmehr genötigt, Herrn Hugo Heimann zu antworten.

Herr Hugo Heimann teilt mit, daß er in einem demokratischen Hause aufgewachsen ist, in welchem große Geister der Vergangenheit verkehrten. Durch Beobachtung und Studium der Verhältnisse des Lebens habe er sich allmählich von der bürgerlichen Demokratie losgesagt und zur Überzeugung durchgerungen, daß nur eine sozialistische Wirtschaftsordnung die Menschen in eine lebenswerte Lage bringen könne. Er sei der Partei beigetreten und sehe nunmehr, nachdem er seinen bürgerlichen Beruf aufgegeben, seit 20 Jahren in ihrem Dienste.

Ich schätze es gewiß hoch ein, wenn ein Mann sich zur sozialistischen Weltanschauung durchringt, den niemals wirtschaftliche Not und Sorge drückte. Und ebenso hoch schätze ich es ein, wenn ein mit irdischen Gütern reich gesegneter Mann sich in den Dienst des Sozialismus stellt. Ich war nicht in dieser glücklichen Lage.

Kaum der Volksschule entlassen, der sieben Eltern herab, wurde ich hinausgestoßen in das Leben, um den harten Kampf ums Dasein anzunehmen. Nicht durch Studien und Beobachtungen im freundlichen behaglichen Studierzimmer fand ich den Weg zum Sozialismus, nein, in jenen dunklen, staubigen, vom Losen und Heulen der Maschinen erfüllten Räumen der kapitalistischen Großbetriebe erwachte in mir die Sehnsucht nach Erlösung von dieser Ausbeutung und Unterdrückung. Ich sah die schreckliche Wirkung der kapitalistischen Ausbeutung täglich vor Augen und ahnte sie selbst am eigenen Leibe. Als Einzelner wehrlos, zog es mich hin zu meinen Leidensgenossen und bald erkannte ich, daß nur ein Weg zur Befreiung führt: die Vereinigung aller Ausgebeuteten um die Fahne des Sozialismus.

So, Herr Heimann, wurde ich Sozialdemokrat und stellte mich in den Dienst der Partei. Überall, wo es auch sein mochte, nahm ich den Kampf auf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Ich wirkte als Arbeiter im Kreise meiner Genossen, stand mit Rat und Tat jedem zur Seite, und wenn man mich rief, stellte ich mich gern an die Spitze des Kampfes, unbedünnt um die Folgen. Sie, Herr Heimann, sagen: „Der Dienst der Freiheit ist ein harter Dienst, so wollte es mich oft bedünken.“ Gern erkenne ich Ihre Dienste für die Partei an. Ich glaube auch, daß Sie dabei manche Unannehmlichkeiten zu ertragen hatten. Aber das gibt Ihnen nicht das Recht, von einem Frieden auf dem Schilde der „Unabhängigen“ zu reden. Vergessen Sie nicht, daß auch diese im Dienste der Freiheit stehen, daß viele, die nicht vor wirtschaftlichen Sorgen geschützt sind wie Sie, mit ganz anderen Unannehmlichkeiten zu rechnen haben, von den Unternehmern gehetzt und verfolgt als Arbeitslose von Fabrik zu Fabrik wandern und trotzdem im Dienste der Freiheit nicht erlahmen.

Sie sagen weiter, daß die ungeheuren Probleme, die der Krieg aufwarf, den stolzen Parteibau in seinen Grundfesten erschütterte; daß alle früheren Parteidifferenzen sich in der Frage über die Ursachen des Krieges und die Bewilligung oder Ablehnung der Kredite zuspitzten. Sie treten für die Bewilligung der Kriegskredite ein und glauben dadurch keinen Grundplatz verlegt zu haben, die Sie bewegen, der Partei beizutreten. Nach Ihrer Meinung spielt die Wilschuld der deutschen Regierung beim Ausbruch und im Verlauf des Krieges nicht die überragende Rolle, die man ihr auf mancher Seite beilegt. Sie meinen, das sind keine Grundfragen sozialdemokratischer Anschauung, vielmehr müsse die Hebung des Loses aller minderbemittelten Klassen mit dem Ziel der Herbeiführung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung die oberste Aufgabe der alten wie der neuen Partei sein. Darum beklagen Sie die Spaltung der Partei, die nach Ihrer Meinung herbeigeführt wurde durch die Unabhängigen und nur zu erklären ist aus der Sucht, in allen wichtigen Fragen unter allen Umständen anders zu handeln als die Mehrheit.

In einem Punkte haben Sie Recht: die Hebung des Loses aller minderbemittelten Klassen mit dem Ziele der Herbeiführung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ist und bleibt oberste Aufgabe der alten wie der neuen Partei. Sie glauben gewiß, daß die Politik, die Ihre Anhänger, die Regierungssozialisten — diese Bezeichnung ist doch sehr zutreffend — getrieben haben und gegenwärtig treiben, das deutsche Proletariat diesem Ziele zuführt. Ich glaube kaum, daß es mir gelingt, im Rahmen eines Artikels Sie von dieser falschen Auffassung zu befreien und zu überzeugen, daß Ihre Politik gerade das Gegenteil bewirken muß. Sie wissen so gut wie ich, daß die Voraussetzung zur Herbeiführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung die Beseitigung der gegenwärtigen privatkapitalistischen ist. Sie wissen aber auch weiter, daß gerade die gegenwärtige privatkapitalistische Wirtschaftsordnung naturnotwendig diesen entsetzlichen Krieg gebären mußte und daß dabei auch das Verhalten der Regierung, die doch der Ausführer der bestehenden Klasse ist, uns nicht gleichgültig sein konnte. Demnach muß doch der Frage, ob man einer solchen Regierung die Mittel zur Führung eines Krieges bewilligt, eine größere Bedeutung beigelegt werden, als Sie das tun. Wir als Sozialisten wissen, daß die tieferliegende Ursache des Weltkrieges die kapitalistische Warenkonkurrenz auf dem Weltmarkte ist. Wir wissen aber auch weiter, daß Bündnispolitik, Geheimdiplomatie, Betrüben usw. den Anstoß zum Ausbruch des Weltkrieges gegeben haben. Sie werden wissen, wie oft die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege auf das Kommende hingewiesen hat. In Hunderttausenden von Flugblättern hat die deutsche Sozialdemokratie dem Volke vor Augen geführt, wohin die Politik der Geheimdiplomatie und des Betrübens führen muß. Unser verstorbener August Bebel war es, der anlässlich der Marokkodebatte im Reichstage ausführte:

„Dann kommt die Katastrophe. Als dann wird in Europa der große Generalmarsch geschlagen, auf den hin 16 bis 18 Millionen Männer, die Blüte der verschiedenen Nationen, ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feinde ins Feld rücken. Aber nach meiner Ueberzeugung steht hinter dem großen Generalmarsch der große Kladderadatsch. Er kommt nicht durch uns, er kommt durch Sie selber. Sie treiben die Dinge auf die Spitze, Sie führen es zu einer Katastrophe. Sie werden ernten, was Sie gesät haben. Die Götterdämmerung der bürgerlichen Welt ist im Anzug. Seien Sie sicher: sie ist im Anzuge!“

Als dann Ende Juli 1914 die ersten Wirbel des großen Generalmarsches geschlagen wurden, da, Herr Heimann, haben alle sozialistischen Blätter, allen voran der „Vorwärts“, die Stellung der Sozialdemokratie dargelegt. Lesen Sie den „Vorwärts“ vom 25. Juli 1914, da wird geschrieben: „Sie wollen den Krieg, die gewissenlosen Elemente“ usw. Und am gleichen Tage erschien ein Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, der mit den Worten beginnt: „Noch dampfen die Acker auf dem Balkan von der Blüte der nach Tausenden Hingemordeten“ usw. Wenige Tage später, am 4. August, bewilligten Ihre Anhänger, die heutigen Regierungssozialisten, die Kredite zur Führung des Krieges.

Ich und die heute mit mir in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei vereinigten Genossen sind diesem Kriegstaumel nicht gefolgt. Wir standen abseits und sahen mit Entsetzen, welche verhängnisvoller Weg von der Mehrheit der Reichstagsfraktion betreten wurde. Viele gesellten sich nachträglich zu uns, als sich der Schleier der Ereignisse zu lüften begann. Mit tiefem Bedauern sahen wir, wie Ihre Anhänger den Grundsätzen und Prinzipien des Sozialismus untreu wurden und damit die Art an die Wurzeln der deutschen Sozialdemokratie, an die Wurzeln des internationalen Sozialismus legten. Trotz maßloser Erbitterung schwiegen wir. Aber als der Charakter dieses Krieges sich immer deutlicher zeigte, die alldeutschen Kriegsheer ihr Spiel immer rücksichtsloser trieben und dabei nicht nur Duldung, sondern die Unterstützung maßgebender Faktoren fanden, da hielten wir es für unsere Pflicht, den verbliebenen Vertretern im Reichstag zuzurufen: Zurück! Eure Politik führt das deutsche Volk ins Verderben! Doch was war die Antwort? Wir wurden als Sonderbündler, Quertreiber usw. bezeichnet, mit Hilfe der Parteidisziplin wollte man uns das Recht der freien Meinungsäußerung rauben und uns mundtot machen. Als dann am 26. März 1918 unser Genosse Haase im Reichstag seinen Standpunkt darlegen wollte, als er voraus sagte, was heute bittere Wahrheit geworden ist, da haben Ihre Freunde, Herr Heimann, unseren Vertretern die „aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte“ genommen und damit die Spaltung der Partei vollzogen.

Sie betrachten es als das einzig Erstrebenswerte auf Erden, die Menschheit herauszuführen aus dem Meer von Blut und Elend, in dem — je länger, je mehr — die ganze Kultur zu versinken droht. Sie bezeichnen die Ablehnung der Friedensresolution vom Juli 1917 durch die Unabhängigen als einen schweren, unverzeihlichen Fehler. Warum verschweigen Sie ihren Lesern, daß damals die Unabhängigen dem Reichstag auch eine Resolution zur sofortigen Herbeiführung des Friedens unterbreiteten? Heute weiß jedes politische Kind, daß Ihre Friedensresolution vom Juli 1917 keine Friedensresolution war. Kaum war sie aus der Taufe gehoben, da fiel das bekannte Wort: „Wie ich sie auffasse“. Jede Partei von Westarp bis Scheidemann legte sie in ihrem Sinne aus, ja selbst jene gewaltsamen Friedensschlüsse im Osten, die ja jetzt als Friedenshindernis anerkannt werden, sind damals als im Einklang mit dieser Resolution stehend bezeichnet worden. Wenn Sie heute noch versuchen, diese Resolution als geeignete Grundlage zur Herbeiführung des Friedens zu erklären, so beweist das nur, wie geistig tief Sie ihre Leser einschätzen. Die U. S. P. D. hat Ihre Friedensresolution abgelehnt, weil sie keine war, und hat eine andere, klare, unzweideutige Resolution dem Reichstag vorgelegt, deren Annahme sicher den Frieden gebracht hätte. Dafür haben weder Ihre Anhänger, die Regierungssozialisten, noch die anderen bürgerlichen Parteien gestimmt. Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hat wiederholt durch ihre Vertreter im Reichstage den Weg gezeigt, der allein dem Menschenmorden ein Ziel setzt, doch die Regierungssozialisten im Verein mit den bürgerlichen Parteien haben diese Vorschläge abgelehnt. Heute, nachdem das deutsche Volk dem Verbluten nahe, beschreitet man den Weg, den die U. S. P. seit Jahr und Tag als den allein richtigen bezeichnet hat.

„Die Hebung des Loses aller minderbemittelten Klassen mit dem Ziele der Herbeiführung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ist und bleibt oberste Auf-

gabe der alten und der neuen Partei.“ Bekennen Sie, Herr Heimann, sich ernstlich zu dieser Aufgabe, dann müssen Sie versuchen, die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beseitigen. Ihre Partei hat dieses Ziel längst aufgegeben, wie sie auch jene Grundsätze preisgegeben hat, die durch ordnungsmäßig gefasste Parteibeschlüsse aufgestellt sind. Daß nun gerade Sie erklären, die Grundbedingung für jede demokratische Gemeinschaft, für jede demokratische Organisation sei die Unterordnung unter einen ordnungsmäßig gefassten Parteibeschluß, hat gewiß besondere Reize. Ich gestatte mir, Sie zu erinnern an die Resolution, die der Parteitag zu Dresden im Jahre 1903 angenommen hat. Diese lautet:

„Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und siegesfrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.“

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.“

Dann erklärt der Parteitag weiter:

1. Daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten.

2. Daß die Sozialdemokratie, gemäß der Resolution des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900 einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegenstände zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.“

Wollen Sie, Herr Heimann, behaupten, daß die Regierungssozialisten diese Beschlüsse heute noch aufrecht erhalten? Ihre Partei hat doch wahrlich der bürgerlichen Gesellschaft das größte Entgegenkommen gezeigt. Sie haben doch längst den Klassenkampf in die Ecke gestellt, sind bemüht, die Klassengegenstände zu vertuschen und weiter bemüht, eine Anlehnung an die bürgerlichen Parteien zu ermöglichen, um schließlich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft zufrieden zu sein. Sie haben die Mittel bewilligt, die geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten. Ihre Freunde sitzen heute als Exzellenzen mit Beratern der besitzenden Klasse in der Regierung. Vielleicht schlagen Sie auch einmal das Protokoll des Magdeburger Parteitages nach, dort können Sie wertvolle Fingerzeige zur Beurteilung Ihres Verhaltens finden. Auf eins möchte ich noch hinweisen. Das Programm der sozialdemokratischen Partei fordert: „Abhängigkeit aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.“

Wie oft haben Ihre Vertreter gegen diese Grundsätze verstoßen?

Doch genug damit.

Die Regierungssozialisten haben seit Kriegsausbruch die Politik der Regierung gestützt, trotzdem diese alldeutsch orientiert war. Anfangs ist den Regierungssozialisten für das bewiesene Wohlverhalten gestattet worden, die Hintertreppen der Ministerien hinaufzusteigen und in den Vorkammern Platz zu nehmen. Man war auch entgegenkommend, wenn es sich um Reformationsgesuche handelte. Allmählich wurde das Verhältnis zur Regierung inniger, durch Preisgabe der wichtigsten Rechte des Volkes, besonders bei Schaffung des Hilfsdienstgesetzes, war der Beweis erbracht, daß die ehemals so gefürchtete Sozialdemokratie gut zu gebrauchen war, und als im Juli 1917 der Staatskassen festgesetzt war, da durften sich die braven Regierungssozialisten mit davorspannen. Freilich, es gab dabei manchen Peitschenhieb und oftmals war es schwer, die Schmerzen zu verbergen. Doch nun ist das Ziel erreicht, sie haben ihre Exzellenzen. Die Verantwortung für die lange Dauer des Krieges und all seine Folgen lastet voll und ganz auf Ihren Schultern.

Das werktätige Volk wird sich von dieser Partei abwenden und die Vertretung seiner Interessen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei übertragen. Diese hat trotz aller Beschimpfungen und Verfolgungen eine Politik betrieben, die sich heute als allein richtig erweist. Wir tragen nicht die Verantwortung für all das, was das deutsche Volk seit Jahren getragen hat und noch weiter tragen wird, aber Sie, Herr Heimann, und Ihre Anhänger tragen ein volles Maß von Schuld.

Richard Müller.

Etwas

vom bürgerlichen Parlamentarismus.*)

Alle wesentlichen Funktionen des Parlamentarismus werden ganz allein von den Parteipolitikern geleistet. Sie besitzieren, sie kämpfen, sie triumphierten. Die öffentlichen Sitzungen sind Schaustellungen ohne Bedeutung. Man hält Reden, um die Funktion des Parlamentarismus nicht untergehen zu lassen. Nur äußerst selten aber hat eine Rede einen wichtigen Parlamentsbeschluss herbeigeführt. Neben dienen dazu, dem Redner Ansehen, Macht und Stellung zu geben; aber sie sind in der Regel ohne den geringsten Einfluss auf die Handlungen, das heißt Abstimmungen der Abgeordneten. Wie diese vollzogen werden, das wird außerhalb des Sitzungssaals geregelt; maßgebend sind da der Wille des Führers, die Interessen und Eitelkeiten der einzelnen Abgeordneten, seltener und nur in großen, einfachen, scharf umschriebenen Fragen der Druck der öffentlichen Meinung; was etwa im Laufe der Debatte gesagt werden mag, ist für den Ausgang derselben ganz gleichgültig und so könnte man eigentlich die Verhandlungen völlig unterdrücken und nur die innerhalb der Parteien hauptsächlich nach dem Willen des Führers gefassten Beschlüsse der entscheidenden Probe einer Abstimmung unterwerfen.

Das, was einen zur Regierung gelangten Parteiführer stützt, das sind nicht die Reden, die er in der Ausübung der Regierungsgewalt begehrt, diese dienen immer nur zum Vorwande der Angriffe auf ihn; sondern es ist entweder ein mächtiger gegnerischer Wille oder die Fährtenfucht von Südländern, deren Ansprüche auf Beute der Sieger nicht befriedigen gewollt oder getollt hat, oder ein Zusammenwirken dieser beiden Gründe. Das ist so wahr, daß ein Ministerwechsel, auch wenn durch ihn die Gewalt aus den Händen einer Partei in die einer ihr schroff und scheinbar witzig entgegengesetzten übergeht, an den tieferen Vorgängen des Staatslebens nicht das Geringste ändert. Im Verhältnis des Individuums zum Staate bleibt alles beim Alten, der einzelne Bürger bröckelt, wenn er keine Leitung liest, gar nicht zu merken, daß ein anderes Kabinett und eine andere Partei an die Spitze der Geschäfte gelangt sind und die Worte liberal oder konservativ sind bloße Masken für die eigentlichen Beweggründe aller parlamentarischen Kämpfe, Aufzüge und Wandlungen: Herrschsucht und Egoismus.

Das ist die dicke und vielfache Schichtung der politischen Lüge unserer Zeit. In vielen Ländern ist der Parlamentarismus überhaupt nur die spanische Wand, hinter welcher der Absolutismus des Königtums von Gottesgnaden sein Erdboden hat. Dort, wo derselbe eine Wirklichkeit ist, wo tatsächlich das Parlament herrscht und regiert, bedeutet er auch nichts anderes als die Diktatur einzelner Persönlichkeiten, die sich abwechselnd der Gewalt bemächtigen. Theoretisch soll der Parlamentarismus der Mehrheit maßgebenden Einfluss sichern, praktisch ruht dieser Einfluss in der Hand eines halben Dutzends Parteiführer, ihrer Berater und Schildknappen. Theoretisch sollen die Ueberzeugungen sich durch die Argumente bilden, welche die Parlamentsdebatten zu Tage fördern, praktisch bleiben sie von den Debatten unberührt und werden vom Willen der Führer und von Rücksichten auf Privatinteressen bestimmt. Theoretisch sollen die Abgeordneten bloß das Wohl der Gesamtheit vor Augen haben, praktisch sorgen sie auf Kosten des Gemeinwessens in erster Linie für ihr eigenes Wohl und das ihrer näheren Freunde. Theoretisch sollen die Abgeordneten die besten und weisesten unter den Bürgern sein, praktisch sind sie die ehrsüchtigsten, vornehmlichsten, berbsühten. Theoretisch haben sie die Aufgabe des Stimmzettels für einen Kandidaten, daß der Wähler diesen kennt und ihn vertraut; praktisch ist es die Aufgabe für einen Menschen, von dem er meist nichts weiß, als daß eine Gruppe von Lärmmachern ihm dessen Namen wochenlang ins Ohr gedrückt und vor den Augen herumgeschwungen hat. Die Kräfte, die theoretisch die parlamentarische Maschine bewegen sollen, sind Erfahrung, Boransicht, Selbstlosigkeit; praktisch sind es Willensstärke, Egoismus und Beredsamkeit. Hohe Intelligenz und edle Gesinnung erliegen gewandter Paradiesbrecherei und unerschütterlicher Redlichkeit und nicht die Weisheit leitet die Parlamente, sondern ein hartnäckiger individueller Egoismus und ein bröhnendes Wort. Von dem Selbstbestimmungsrechte der Völker, deren Sanktion der Parlamentarismus ist, gelangt auf den einzelnen Bürger nicht ein Tropfen, mein armer Hans hat zu gehorchen und zu gehorchen und sich die Menhogen an tausend sinnlosen Einschränkungen blau zu kochen wie je zuvor und der Parlamentarismus mit seinem ganzen Geräusch und Geberdenpiel kommt ihm nur zum Bewußtsein, wenn er am Wahltag seine Beine mit dem Gange zur Urne ermüdet und in seiner Zeitung das Ueberwuchern meist langweiliger Parlamentsberichte über den anderweitigen unerwarteteren Besoffen konstatiert.

*) Aus: „Die konventionellen Lügen der Kulturmenschen“, von Max Nordau.

Aus den Organisationen.

Nowawes. Am Mittwoch, den 9. Oktober 1918, abends 8 1/2 Uhr, in Singers Lokal, Lieberstr. 31, Mitglieder-Versammlung der U. S. P. D. Vortrag: Genosse Jubel.

Reinickendorf-Ost. Bibliotheksbücher werden von nun ab jeden Freitag 1/2 8-9 Uhr abends im Jugendheim, Amendestr. 79, ausgeliehen.

Waldmannslust und Umg. Der gemeinschaftliche Jahlabend findet am kommenden Sonntag, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Böttcher, Waldsee-Vorliner Chaussee Ecke, statt. Alle Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Vereins-Veranstaltungen.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Montag, den 14. Oktober 1918, abends punkt 8 1/2 Uhr, in Schulze's Festhallen, Am Königsgraben 2, am Alexanderplatz: Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Werkbandsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Sonntag, den 20. Oktober, nachm. 2 1/2 Uhr, Vortrag in der Sternwarte zu Dreptow.

Karten zur Verlosung sind beim Vorsitzenden zu haben. Nach dem Vortrag Kaffeetränken bei Werner, Am Dreptower Park Nr. 67.

Gustav Dietrich, Vorsitzender, Berlin NW. 28, Klopstockstr. 25.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 13. Oktbr., vorm. 9 Uhr, Doppel-Messe 15/17; Neukölln, „Idealland“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 43 bei O. Wamp: „Freireligiöse Vorsehung“. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Neue Lebensgestaltung.“ — Gäste willkommen.

Tempelhof-Mariendorf. Am Sonntag, den 13. Oktober 1918, abends 6 1/2 Uhr, findet in Herolds Festhallen, Mariendorf, Chaussee 288, eine Jugendfeier statt. Das Programm setzt sich zusammen aus Musik, Gesang, Rezitationen, Volkstänzen und lebenden Bildern. Eintritt für Erwachsene 50 Pf., für die schulentlassene Jugend frei. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, ihre Söhne und Töchter auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen und die Feier selbst zu besuchen. Der Reinertrag ist für das Jugendheim bestimmt.

Quittung.

Im Verbandsbüro gingen ein für Unterstützungs- und Parteizwecke: P. Sch. Gr. durch Bayer 42,15 Mk. Frankfurt a. Oder 23,20 Mk. A. F. 200 Mk. und 100 Mk. Septimus aus Warschau 8 Mk.

6. Wahlkreis. Für den Pressfonds Gen. Lewin 5 Mk. Ueberschuß der 19. Abteilung bei Zustellung des Mitteilungsblattes 150 Mk. Ueberschuß der Nr. 14, 15, 16, 17 und 18 der 18. Abteilung 15,80 Mk. Summa 170,80 Mk.

6. Kreis. Für die Unabhängige Partei Deutschlands von einem aus dem Felde durch Oldermann 2,50 Mk. Von Gen. Gerke 18. Abteilung für die U. S. P. 1,50 Mk. Ueberschuß Sauerling 0,40 Mk. Für die U. S. P. durch Rehmisch 5 Mk. Summa 9,40 Mk.

Versammlung

für den 5. Reichstagswahlkreis

am Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, in den „Musikerhallen“, Kaiser-Wilhelm-Strasse.

Tagesordnung:

1. „Die politische Lage.“ Referent: Reichstagsabg. Otto Büchner. 2. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Vorstand des 5. Reichstagswahlkreises U. S. P. D.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Werkzeugmacher (Schnitt-, Lehren-, Vorrichtungsbauer, Schneidzeugmacher), Werkzeugschleifer und Zigarettenmaschinenführer in den Musikerhallen, Kaiser-Wilhelm-Strasse 81.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabg. A. Brandes über: „Uebergangswirtschaft“. Diskussion. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Wegen der lehrreichen und wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, die Versammlung zu besuchen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

J. A. G. Lupus.

Wahlverein Neukölln U. S. P.

Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Volksversammlung

in den Passage-Festhallen, Neukölln, Bergstr. 155/156.

Tagesordnung: „Im neuen Deutschland.“ Ref.: Reichstagsabgeordneter Dr. Oskar Cohn.

Eintritt 10 Pf.

Verantw. Redakteur: G. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5. — Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 80-82.

Allen Freunden und Bekannten teile ich hierdurch mit, daß ich wegen Ausmietung mein Lokal von Bienenbrückstraße 86 nach Thäringener Straße 15 verlegt habe.

Eröffnungstag: Sonnabend, den 12. Oktober. Es ladet freundlichst ein

Carl Kaiser.

Dem jungen Paar

Wilhelm Helbig und Klärchen Maihöfer zum Ehebandnis am heutigen Tage wünschen ein sonniges Leben.

Die Funktionäre der U. S. P. Reinickendorf-Ost.

Bezirk Reinickendorf-Ost.

Nachruf!

Am 26. September 1918 verstarb plötzlich im Felde der Schriftsetzer

Leo Seidel

im Alter von 43 Jahren.

Der Verstorbene war einer der eifrigsten und treuesten Anhänger der U. S. P.

Umsonst gepflügt, umsonst gebaut, Vergebens auf kommende Ernte vertraut.

Am 29. September verstarb im Lazarett infolge seiner erhaltenen schweren Verwundung unser hoffnungsvoller Sohn, der 19-jährige Handlungsgehilfe

Oskar Heinrich.

Dies zeigt hiermit allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Teilnahme an

Hermann Heinrich nebst Frau, Waldenserstr. 17.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

— Filiale Berlin, Sebaltiansstr. 87-88. —

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Kollegen!

Am 11. April 1918 fiel im Westen der Herrenkonfektionschneider, Kollege

Wilhelm Friedow

geb. 21. 1. 82.

Am 22. März 1918 fiel der Herrenkonfektionschneider, Kollege

Otto Reitmänn

geb. 24. 1. 89.

Am 1. Oktober 1918 starb im Lazarett der Herrenmaßschneider, Kollege

Richard Sönisch

geb. 6. 9. 70.

Am 8. September 1918 starb im Lazarett der Militärschneider, Kollege

Otto Honté

geb. 22. 4. 76.

Am 11. Juli 1918 starb im Lazarett der Militärschneider, Kollege

Karl Tödtberg

geb. 27. 7. 84.

Am 28. September 1918 starb im Lazarett der Militärschneider, Kollege

Hermann Rosenthal

geb. 15. 11. 75.

Die Ortsverwaltung.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Deutschen Hofes“, Luckauer Straße:

Kunstabend

unter Mitwirkung des Berliner Volkshors, eines Streichquartetts und des Herrn Gustav von Wangenheim als Rezitator.

Eintrittskarten sind zum Preise von 1 Mk. in den Büros des 4. und 6. Wahlkreises, im Büro von Neukölln und Niederharnim, im Verbandsbüro sowie bei den Funktionären zu haben.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. — Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 16-28.

Dienstag, den 29. Oktober 1918, abends 8 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstr. 41:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht: a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrats. 2. Entlastung des Vorstandes. 3. Genehmigung der Bilanz. 4. Verteilung des Reingewinns. 5. a) Wahl von sechs Aufsichtsratsmitgliedern, b) Wahl von Ersatzpersonen. 6. Aenderung des § 5 des Statuts (betrifft Erhöhung des Geschäftsanteils von 30 Mark auf 60 Mark). 7. Anträge.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend eingetr. Genossenschaft m. beschr. Haftpflicht.

Der Vorstand.

R. Junger, O. Schulze, W. Lomun, A. Mirus, P. Müller.

Der Aufsichtsrat.

J. A. F. Güntler.

Der Eintritt kann nur den eingetragenen Mitgliedern gegen Vorzeigung der braunen Legitimationskarte gestattet werden.

Dankagung.

Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Max Szafranski** sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, sowie Herrn Emil Barth herzlichsten Dank.

Martha Szafranski, Pfäugerstr. 73.

Männerchor Reinickendorf-Ost

(U. S. P.)

Nachruf!

Wieder hat der Krieg die Reihen der Sänger gelichtet. Am 25. September 1918 starb plötzlich im Felde unser Sangesbruder

Leo Seidel

im Alter von 43 Jahren.

Der Verstorbene hat sich durch seine liebenswerten persönlichen Eigenschaften ein bleibendes Andenken im Verein gesichert.

Nun schläft der Sänger.

Männerchor Reinickendorf-Ost. Der Vorstand.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

5. Wahlkreis.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Genosse

Hermann Friede

Raugarderstr. 9, 1b Abt.

6. Wahlkreis.

Infolge seiner erhaltenen schweren Verwundung verstarb im Lazarett unser Genosse, der 19-jährige Handlungsgehilfe

Oskar Heinrich

Waldenserstr. 17, 18. Abt., Bez. 712.

Am 10. November 1917 fiel als Sanitäter unser Genosse, der 22-jährige Friseur

Paul Springer

Koloniestr. 43, 19. Abt., Bez. 880.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

3. Wahlkreis.

Am 8. 10. 1918 verstarb unser langjähriger Genosse

Ernst Mees

Admiralstr. 18a.

6. Wahlkreis.

Am Freitag, den 4. Oktober, verstarb unser langjähriger Genosse, der Büchsenfabrikant

August Teue

Brunnenstr. 187, 2. Abt., Bez. 491.

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Wahlverein Neukölln.

Gestorben ist unser Mitglied

Max Szafranski

Pfäugerstr. 73, 1. Bezirk.

Ehre ihrem Andenken!

Zur Reichstags-Erloßwahl im 1. Wahlkreise.

Nur noch wenige Tage trennen uns vom Wahltag. Am Dienstag, den 15. Oktober sollen die Wähler an den Wahlstisch treten. Fünf Kandidaten werden um das Mandat und zwar je ein Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, der Regierungssocialisten, der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, ein Vertreter antisemitischer Angestelltenverbände und ein Pole.

Herr Kempner, der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei ist nun ein waschechter Vertreter des Bank- und Börsenkapitals; er wird im eigenen Partei-lager vielfach angefeindet. Der Hauptverband Groß-Berlin der Fortschrittlichen Volkspartei (Neue Richtung) hatte zu Mittwoch eine Protestversammlung gegen Kempner nach den Sophienfäden einberufen.

In der „Welt am Montag“ geht Hans Leuß Herrn Kempner also zu Leibe:

„Herr Maximilian Kempner ist einer der raffiniertesten Vertreter jenes Geschäftemachens, das nur ein einziges „Bedenten“ kennt: wie erreiche ich am sichersten meinen Zweck?“

Er trat in die Öffentlichkeit vor anderthalb Jahrzehnten, als der Treber-Schmidt, die Leipziger Bank, die Sanden-Banken, die Pomern-Bank dem Schwindel der siederhaften Geschäftsjahre zwischen 1895 und 1900 erlagen. Ich habe alle Versammlungen betrogener Aktionäre und Pfandbriefgläubiger in jenen Jahren mitgemacht und in fast allen das gleiche Schauspiel erlebt: Herr Maximilian Kempner stand als ein harmloses Versammlungsmittglied unter den Betrogenen, verlangte und erhielt von dem Einberufer der Versammlung sofort das Wort zu einer raffinierten Bemerkung. Die Witrowahl ergab dann auf einen prompt bereitgehaltenen Jurist aus der Versammlung, daß Herr Kempner mit dem Vorsitz betraut wurde. Die Leute, die ihn wählten, hielten ihn für den Vorsitzenden und Vertreter der Betrogenen, aus deren Mitte er scheinbar kam. In Wahrheit war er der Vertreter der Finanzgruppen, die mit seiner Hilfe sich der zusammengebrochenen Unternehmung bemächtigen, ihre „Sanierung“ durchführen wollten, — natürlich auf Kosten der lebenden Versammelten, die Herrn Kempner als ihren Vertreter zu wählen wähnten!

Das Raffinement, das Herr Kempner bei diesem Geschäft entwickelte, war erstaunlich. Ich habe es in vielen Aufsätzen damals geschildert, wenigstens einmal aber auch öffentlich darauf hingewiesen, daß selbst ein Zusammenstoß mit den gesetzlichen Strafverordnungen nicht wurde.

Vielleicht kann man die außergewöhnlichen Umstände jenes Jahres und die verworrenen Verhältnisse der zusammengebrochenen Unternehmungen gewöhnlich als eine Art Entschuldigung für die halbbrüderliche Ueberlistung der Opfer ansehen; der „Sanierer“ von damals, Herr Kempner, mag als Geschäftsmann der geeignete Mann der Umstände gewesen sein; aber er soll sich mit diesem Zeugnis und seinem geschäftlichen Erlöse begnügen, anstatt nur auch nach der Bürgerkrone zu streben.

Herr Kempner war vor dem Kriege Vorsitzender des Aufsichtsrats der amerikanisch-englischen Zigaretten-Fabrikgesellschaft Jasmahl, der Hells von Amerikanern und Engländern, die mit großem Erfolge die Unterverkennung des deutschen Gewerbes und Handels der Tabakbranche betrieben, und gegen welche die Bedrohungen einen Kampf auf Leben und Tod führten. Als der Krieg ausbrach, rief Herr Kempner seinen Freund Paalke zu Hilfe, um die gefährdeten ausländischen Interessen zu retten: als Vorsitzender der Generalversammlung in dieser Angelegenheit, tat Herr Kempner so, als wisse er von gar nichts, war die Unschuld selbst; — er, der genialste aller Geschäftsmänner in Deutschland!

Herr Kempner ist auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gesellschaft Scheidemann. Diese Gesellschaft war vor dem Kriege notleidend und wurde durch Zusammenlegung der Aktien von 11,4 auf 3,5 Millionen saniert. Trotzdem standen die Aktien hinterher 50. Im Kriege hat die Gesellschaft mit Reich und Staat so gute Geschäfte gemacht, daß trotz Erhöhung des Aktienkapitals auf 11 Millionen 30 Prozent Dividende gezahlt werden konnten, flüssige Werte im Betrage von 37 Millionen vorhanden waren, und die Aktien bis auf 600 stiegen. Wie diese Geschäfte gemacht worden sind, geht daraus hervor, daß vier strafgerichtliche Untersuchungen gegen die Verwaltung schweben (wegen Bilanzverschönerung, Verschlebung großer Mengen an vertrauten Material usw.), und daß Reich 23 Millionen zurückfordert, um die es überfordert worden ist. Herr Kempner trifft als Vorsitzenden des Aufsichtsrats die Mitverantwortung. Ist es denkbar, daß man ihn wählt in den Reichstag, der eine Kommission zur Revision solcher Kriegsgeschäfte niedergesetzt hat? Es ist unmöglich!

Im Anschluß an diese Charakteristik Kempners würdigt Leuß die regierungssocialistische Kandidatur und kommt zu dem Schlusse, daß Heimann gewählt werden müsse, für den auch die absentierende Richtung der Fortschrittler eintreten will. Die Konservativen fordern zur Wahl des antisemitischen Kandidaten Gellert auf, während die Nationalliberalen für Kempner werben.

Bemerkenswert ist die Hilfe, die der Kandidat der Regierungssocialisten von den verschiedensten Seiten erhält. Herr Leuß empfiehlt Herrn Heimann, weil dieser Geld und Arbeit daran gesetzt habe, den Mühseligen und Beladenen zu dienen. Diese Tatsachen sind richtig und man wird bestreuen persönlich Herrn Heimann viel Gutes nachsagen können. Für die Arbeiterklasse kommt aber nicht der Mensch in Frage, sondern die Politik, die der Kandidat vertritt. Und diese Politik, die identisch ist mit der Politik der regierungssocialistischen Partei in den Kriegsjahren, liegt nicht im Interesse des um seine Befreiung vom politischen und wirtschaftlichen Druck ringenden Proletariats; verstoßt sogar gegen das proletarische Interesse. Und bestreuen müssen wir diese Kandidatur ablehnen und bekämpfen.

Der „Vorwärts“ wendet sich in seiner Nummer vom Sonntag, den 6. Oktober, gegen Adolf Hoffmann wegen seiner Bemerkung, daß Heimann in einer Zeit als die Wogen des politischen Lebens hoch gingen und von den Landtagsabgeordneten Führung im Wahlrechtskampfe forderten, sein Mandat niederlegte, um Unannehmlichkeiten auszuweichen, die dieser Kampf mit sich bringen konnte. Der „Vorwärts“ meint durch den Abdruck eines Schreibens von Singer und einiger Zeilen von Debel an Heimann Singer und Debel als Zeugen für Heimann und gegen Hoffmann benutzen zu können. Aus dem Schreiben Singers an Heimann geht nur hervor, daß Singer Heimann nahelegt, sich doch ernstlich zu prüfen, ehe er sein Mandat niederlege, es könne später ihn doch reuen. Singer gibt Heimann den Rat, doch lieber einen längeren Urlaub zu nehmen usw. Das soll beweisen, daß es wirklich Gesundheitsrückichten waren, die zur Niederlegung des Landtagsmandats führten; beweist doch aber nicht das Gegenteil gegen Hoffmann, der im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen der damaligen Zeit diese Gesundheitsrückichten nach Art unserer Diplomaten anders beurteilte und beurteilen mußte. Und nicht bloß Hoffmann. Und die Weberschen Zeilen an Heimann bezeugen auch nichts, zumal Debel persönlich die Sachlage gar nicht kannte.

Aber abgesehen davon. Es handelt sich für uns nicht um die Person des Kandidaten. Uns gilt die Sache! Proletarier können nur in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei ihre einzige wirksame Vertretung sehen, sie können nur einer solchen Politik ihre Unterstützung leihen und können bei der Wahl ihre Auffassung nur durch die Wahl des Kandidaten der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, dem Genossen

Richard Müller

Ausdruck verleihen.

Die „Heimann und der „Vorwärts“ berichtigen.

Uns geht noch folgende Darstellung mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

„Nachdem der „Vorwärts“ seinen Lesern den Brief Adolf Hoffmanns zwar „widerlegte“ aber selbst unterschlug, brachten wir denselben im Mitteilungsblatt zum Abdruck.

Der „Vorwärts“ fürchtet nichts mehr, als daß seine Leser sich selber ein Urteil bilden könnten. Deshalb dürfen denselben keine Tatsachen sondern nur das vorgelesen werden, was sie zu meinen haben.

In seiner Sonntagnummer gerät der „Vorwärts“ in große Aufregung, daß wir dieses saubere Spiel durchkreuzten. Er veröffentlicht, um Heimann zu entlasten, je einen Brief von den verstorbenen Genossen Singer und Debel, die aber merkwürdigerweise das bestritten, was Hoffmann feststellte.

Hier der Wortlaut von Singers Brief nach dem „Vorwärts“:

Berlin, 27. 1. 10.

„Mein lieber Hugo!“

nach unserer gestrigen Unterredung, über die ich noch lange und ernstlich nachgedacht habe, fühle ich mich in meinem Gewissen gedrängt — ehe der entscheidende Schritt getan ist — Sie zu bitten, die Situation noch einmal zu prüfen und zu überlegen, ob nicht doch eine längere Beurteilung — für die ganze Dauer der Session — der definitiven Mandatsniederlegung vorzuziehen ist. Ich bezwecke mit dieser Anregung nur, daß Sie sich noch einmal in aller Ruhe prüfen sollen, ob Sie nicht — wenn sich Ihr Gesundheitszustand gebessert hat — etwa Neue darüber empfinden werden, während der laufenden Legislaturperiode die Tätigkeit im Abgeordnetenhaus nicht wieder aufnehmen zu können.

Ich bin mir nicht sicher, ob Sie diesen Gesichtspunkt bei Ihrem Entschluß genügend in Betracht gezogen haben und diese Verlegenheit ist Anlaß dieser Zeilen. Ich weiß, daß ich Ihnen vielleicht durch meine Anregung eine unruhige Stunde bereite — indes scheint es mir geboten, Ihnen meine Ansicht nicht vorzuenthalten.

Mit herzlichem Händedruck stets

Ihr

Paul Singer.“

Singer rät, wie Hoffmann und alle anderen damaligen tätigen Genossen des 4. Wahlkreises, von der Niederlegung des Mandates ab und — das geht klar aus dem Brief hervor — auch Singer hält den Gesundheitszustand nicht für so gefährdet, daß solche Niederlegung notwendig wäre. Singer hat ja auch selbst bis zum letzten Atemzuge ausgehalten. Wo bleibt also das edle Motiv: Hoffmanns finanzielle Lage? — — —

Heimann ließ diese Füge im „Vorwärts“ veröffentlicht, obwohl er weiß, daß er selbst in einem Briefe an ein damaliges Mitglied des Parteivorstandes geschrieben hat, daß er, Heimann, niemals behauptet habe, er habe Hoffmann wegen niedergelegt. Heimann weiß auch, welche treuergebener „Fridolin“ damals diese Unwahrheit verbreitete, um den Berliner Genossen, die über die völlig unmotivierte Niederlegung des Landtagsmandats empört waren, diese schmachhaft zu machen und läßt trotz alledem die Mär zu seiner „Rechtfertigung“ jetzt wieder vorzereiten.

Der „Vorwärts“ sucht dann aus dem Wohlverhaltenszeugnis, das Heimann sorgfältig aufbewahrt hat, das aber ein solches nicht ist, das zu machen, was er wünscht. Das edle Organ für Gneiss'sche Beweiskraft bemüht in Ermangelung besserer Möglichkeiten selbst die „familiäre“ Anrede, den „vertrauten Freund“ dazu, abgesehen davon, daß durch die Gefahren der sozialistengesellschaftlichen Zeit es allgemein üblich geworden und sich bei älteren Genossen bis auf den heutigen Tag erhalten hat, Gesinnungsgenossen nur bei Vornamen zu nennen. Singer war schließlich Paul, Debel August, Liebknecht, Wilhelm usw. Es hat aber auch niemand bestritten, daß Heimann und Singer in freundschaftlichem Verkehr gestanden haben.

Nicht das freundschaftliche Verhältnis zwischen Singer und Heimann hat Hoffmann in Abrede gestellt, sondern, daß Singer Heimann sogar noch kurz vor seinem Tode als seinen Reichstagsmandats-Erben bezeichnet hätte. Hoffmann kannte Singer und sein demokratisches Empfinden viel zu gut, um zu wissen, daß sich derselbe eines solchen Verstoßes gegen das Selbstbestimmungsrecht der Genossen nicht schuldig machte. Aber auch die „vertraute Freundschaft“ war in die Brüche gegangen.

Doch hören wir erst das zweite „Vorwärts“-Heimann-Dokument, den Brief Debel's. Er trägt keine familiäre Ueberschrift, oder ist er nur ein Druckstück? — Doch lesen wir:

„Darf ich Ihnen einen Rat geben, so senden Sie eine Erklärung, ganz ähnlich der beiliegenden an die Leitung des vierten Wahlkreises ein. Ich betrachte eine solche Erklärung als das Ei des Columbus. Sie umgehen damit die ganze persönliche Seite der Sache und machen es Ihrem Gegner unmöglich, Sie persönlich anzugreifen. Sie sind mit einem Wort aus dem Schmutz heraus.“

Ich kann heute noch nicht in den Reichstag gehen, bin also bis zum Abend zu Hause.

Mit freundschaftl. Grüßen an Sie und Ihre verehrte Frau

Ihr

A. Debel.“

Schade, daß die „beiliegende Erklärung“ nicht mit abgedruckt ist. Na, da können wir vielleicht gelegentlich nachhelfen. Es ist wohl die Erklärung, die Heimann, als über den Nachfolger Singers von den Vertrauensleuten in der Warschauerstraße entschieden wurde, einhandte und seinen Rücktritt von der Bewerbung um das Mandat verkündete. Damit war für damals die Sache erledigt. Dezeichnend ist jedenfalls, daß über Heimann in dieser Sitzung nicht ein Wort mehr verloren wurde.

Was geht nun aus dem Brief Debel's hervor? Das eine klipp und klar, daß er (Debel) selbst Heimann zum Rücktritt rät. Diese Gegenbeweiskraft fñhlt auch der „Vorwärts“, und da muß natürlich etwas in den Brief hineingelegt werden, deshalb knüpft der „Vorwärts“ folgendes daran: „Wer und was in dem Briefe mit dem Schmutz gemeint ist, das wird Adolf Hoffmann am besten wissen.“

Da aber trotz dieser Unterlegung denkenden Lesern des „Vorwärts“ diese „Beweise“ nicht genügen könnten, wird noch folgendes fabriziert:

„Sollte er (Hoffmann) sich hier schwer von Begehrissen zeigen, so wollen wir daran erinnern, daß Bebel sich unter Freunden noch drastischer ausgedrückt hat. Als Hoffmann seinen Streit gegen Heimann vom Zaune brach, sagte Bebel im Freundeskreis folgendes: Er habe Besorgnis um Heimann, denn ein anständiger Mensch ist gegen einen unanständigen immer im Nachteil. Dem rollenden Demagogenpathos eines Hoffmann ist Heimann nicht gewachsen.“

Zuerst sei bemerkt, daß es Hoffmann nie eingefallen ist, mit Heimann einen Streit vom Zaune zu brechen, sondern, daß der Versuch Heimanns, Hoffmann für seine Pläne zu gewinnen, und die Art und Weise, wie das am Todestage Singers geschah, Hoffmann empörte und zu seinem Vorgehen veranlaßte.

Nun die angebliche Aeußerung Bebels: Wer Bebel kennt, weiß, daß er so nie gesprochen hätte. Das ist vielleicht der Jargon und die Kampfesweise eines Richard Fischer, aber niemals eines August Bebel. Abgesehen davon, daß man Hoffmann alles mögliche in seiner Sprechweise nachsagen kann, verlesende Satyre, Grobheit, rücksichtsloses Draufgänger-tum — „rollendes Demagogen-Patros“ haben auch die wütendsten Gegner an ihm bisher nicht entdeckt. Bebel hätte also so nicht gesprochen, sondern wäre, wenn er die Bewerbung Heimanns um das Reichstagsmandat des 4. Berliner Wahlkreises für haltbar hielt, selbst in die Sitzung der Vertrauenslenie gegangen und hätte sie vertreten. Oder will der „Vorwärts“ seinen Lesern glauben machen, Bebel hätte sich auch vor dem „rollenden Demagogen-Patros“ eines Hoffmann gefürchtet? — Wir geben ohne weiteres zu, Bebel hätte erst die Idee, Heimann als Nachfolger Singers zu sehen, aber wenn er selbst Heimann zum Rücktritt gerufen hat, dann muß, wer Bebel kennt, wohl etwas anderes vorgelegen haben, als die Furcht vor Hoffmann.

Der Lote kann sich ja gegen die ihm in den Mund gelegte Aeußerung nicht mehr wehren. Aber rücken wir mal mit der Frage auf den Leib, was Bebel mit dem Wort Schmutz in seinem Briefe meint. Und damit kommen wir auf unseren unvergeßlichen Paul Singer zurück.

Singer hatte öffentlich Heinrich Braun einen „politischen Hochstapler“ genannt. Braun hatte ihn bedrohen verklagt; worauf Singer den Wahrheitsbeweis antrat. In diesem Prozeß war der Hauptzeuge Singers gegenüber dem Kläger, Heimann. Derselbe war nun bei seinen Aussagen, um den Ausdruck des „Vorwärts“ zu gebrauchen, Braun gegenüber ein so „hochanständiger Mensch“, daß Singer über das „gänzliche Verjagen“ dieses Zeugen so empört war, daß die Freundschaft mit Heimann nicht nur einen tiefen Riß bekam, sondern Singer noch auf seinem Sterbebett in seinen Phantasien sich immer und immer wieder mit dem Auftreten Heimanns in dieser Sache beschäftigte. Die Beweisstücke Singers gegen Heinrich Braun hätten naturgemäß in der Vertrauensmännerstimmung des 4. Kreises eine Rolle gespielt, wenn — Heimann nicht verzeht hätte.

Das war wohl der „Schmutz“, den Heimann fürchtete und Bebel meinte. Vielleicht genügt das vorläufig.

Wie der „Vorwärts“ den Wahlkampf führt. „Die Sozialdemokratie allein für die Kriegszinteressen.“

Unter dieser Ueberschrift behauptet der „Vorwärts“ in Nr. 278, der Hauptauschuß für Kriegerheimstätten habe an die Bewerber um das Reichstagsmandat Berlin I die Frage gerichtet, wie sie zur Kriegerheimstättenbewegung stehen. Herr Kempner und der Kandidat der Unabhängigen habe darauf keine Antwort erteilt, wohl aber der Kandidat der sozialdemokratischen Mehrheit, Hugo Heimann. Den „Vorwärts“ überrascht das Schwelgen der Unabhängigen nicht, da diese ja die Interessen der Kriegsbekämpften nicht vertreten, das geschehe nur durch Herrn Hugo Heimann.

Ich stelle hierzu fest, daß der Hauptauschuß für Kriegerheimstätten an mich gar keine Anfrage gerichtet hat. Im übrigen kann ich dem „Vorwärts“ mitteilen, daß ich selbst Kriegsbekämpfter und Kriegsteilnehmer bin.

Richard Müller.

Am Montag abend sprachen Genossen Georg Debebour und der Kandidat Richard Müller im großen Saale der „Germania“ in der Chausseestraße. Saal und Galerien waren knappend voll. Kopf an Kopf lauschten die Zuhörer den Darlegungen der Referenten, die die jetzige politische Situation vom Standpunkt des internationalen Proletariats beleuchteten, stürmische Zustimmung findend.

Das Zentralwahlbüro des 1. Kreises befindet sich Wollenmarkt 7 (Restaurant Schulthes). Alle Genossen, die am Sonntag und auch am Wahltag, am Dienstag, den 16. Oktober, Wahlhilfe

leisten können, werden ersucht, sich frühzeitig im Wahlbüro einzufinden, soweit nichts anderes vorher vereinbart ist. Die Noabiter Genossen, die das Hanjaviertel bearbeiten, treffen sich bei Paersch, Oldenburgstraße 9.

Rede des Abgeordneten Haase am 1. Oktober im Gewerkschaftshause zur Wahl im 1. Wahlkreise.

Parteilgenossen! Es ist nicht übertrieben, wenn ich erkläre, daß noch niemals eine Reichstagswahl in einer so kritischen Zeit stattgefunden hat wie die bevorstehende. Es handelt sich nicht nur darum, über irgend eine Tagesfrage seine Meinung auszusprechen, sondern die großen Weltfragen, die uns alle bewegen, stehen auf der Tagesordnung.

Parteilgenossen und -genossinnen. Wir beschäftigen uns bei den Wahlen nicht mit Personen. Die Personen kommen für uns nur insoweit in Betracht, als sie Träger von Programmen, als sie Vertreter von Anschauungen sind. Sie werden deshalb von mir nicht erwartet, daß ich mich mit den Kandidaten im einzelnen beschäftige. Nur das dürfen wir im Vorübergehen aussprechen, daß der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei schon dadurch ein ganzes Programm bildet, daß er in seiner Partei auf den Schild erhoben wurde gegenüber dem früheren Staats-

Arbeiter, schließt die Reihen!

Die Sozialdemokraten um Scheidemann und Ebert treten in die Regierung des Belagerungsstandes und des Okfriedens ein. Sie werden mit ihrem Eintritt weder die innere noch die äußere Politik wesentlich beeinflussen können, aber sie werden mitverantwortlich für die Folgen des Weltkrieges! Weder viel schöne, kluge und gute Worte werden die trotz alledem noch herrschenden davon überzeugen können, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung die bessere ist, auch den Krieg werden sie nicht mit solchen Reden zu dem Ende führen können, das die bürgerlich-kapitalistische Welt erwartet. Durch ihren Eintritt in die Regierung lähmen sie aber ohne Zweifel die Macht und den Einfluß der sozialistischen Internationale auf Beendigung des Krieges, was sie seinerzeit selbst den französischen und englischen Minister-Sozialisten zum Vorwurf machten. Diese haben das erkannt und sind darum aus den Regierungen der Kriegsführung ausgetreten.

Arbeiter, Sozialisten! Schließt darum die Reihen, und seid eurer Aufgabe eingedenk, den Krieg so schnell wie möglich zu einem alle Völker befriedigenden Ende zu führen. Nicht um die Kriegsziele der bürgerlich-kapitalistischen Welt, sondern um die Friedensziele des internationalen Sozialismus müssen wir uns sammeln, wenn wir wieder so schnell als möglich geordnete Verhältnisse wünschen und den von allen Völkern ersehnten Weltfrieden an die Stelle des Weltkrieges und an die der dauernden Kriegsgefahren die Vorbedingungen des Dauerfriedens setzen wollen.

In diesem Sinne wirkt nur, wer sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei anschließt.

Arbeiter und Genossen! Stärkt die Reihen der einzigen Friedenspartei Deutschlands!

Minister Dernburg, weil die Hausbesitzer an Dernburg Anstand nahmen. Daß ein Kandidat, der von Gnaden der Hausbesitzer in dieser stürmischen, alle politischen Leidenschaften aufwühlenden Zeit aufgestellt wird, nicht der Kandidat der breiten Masse des Volkes sein kann, bedarf keiner Auseinandersetzung. Herr Kempner ist, wie auch seine erste Rede bewies, völlig befangen in den Anschauungen derjenigen Klasse, aus der er entspringen ist, der er dient, der Klasse des Handels und Finanzkapitals. Er ist in Wahrheit nicht der Mann, den Sie brauchen.

Der Kandidat der nationalen Sozialdemokratie, der Sozialdemokratie der Scheidemänner und Ebert, ist ein Mann von persönlich untadeligem Charakter, darüber sind wir uns alle einig. Aber, P. S., wir fragen nicht nach den persönlichen Eigenschaften, sondern nach dem politischen Charakter. Wir stellen ihn vor die Frage: Was hast Du für politische Anschauungen und wie hast Du Deine sozialdemokratischen Anschauungen, denn Sozialdemokrat nennt Du Dich, in der Zeit bewahrt, als alles um Dich wankte und schwankte? Herr Heimann ist ein Anhänger der Scheidemann und Ebert, Legien und Bauer, David und Südekum. Er hat in dieser Zeit die Regierung unterstützt bis zu dieser Stunde. Er ist dafür gewesen, daß die Kredite zur Fortführung des Krieges bewilligt wurden. Er kann aus diesem Grunde nicht unser Mann sein. P. S., Heimann ist außerdem, wie Ihnen bekannt ist, eine debetante, tastende politische Persönlichkeit. Jetzt, wo der Sturm uns umbrandet, da glaube ich, sind solche Persönlichkeiten nicht zu gebrauchen. Das politische Leben erfordert gerade jetzt einen anderen für den Reichstag. Die Parteilgenossen im ersten Wahlkreise haben Ihnen vorgeschlagen, Ihre Stimme zu geben einem Mann, der aus Ihrer Mitte,

aus der Arbeiterklasse hervorgegangen ist, der in diesem Augenblick noch Metallarbeiter ist, der es seinen gelernt hat am eigenen Leibe, was es bedeutet, mit den herrschenden Gewalten anzukämpfen, der, obwohl er militärisch untuglich ist, nur, weil er die Fahne seiner Klasse hochhielt, zum Militär gesteckt worden ist, damit er dort unschädlich gemacht werde.

Parteilgenossen! Er will augenblicklich unter Ihnen, und es wird von Ihnen abhängen, ob Sie ihn für die Dauer gewinnen, oder ob er nach dieser Wahlkampagne wieder in den brennenden Red gekehrt werden wird. Parteilgenossen, alle, die sie den Genossen Müller kennen, wissen, daß er eine ebenso nachdenkliche wie energische Persönlichkeit ist. Er weiß, was er will, das hat er bewiesen. Er geht zielbewußt seinen Weg, und ich glaube, daß das Berliner Proletariat, überhaupt Berlin, keinen besseren Vertreter in den Reichstag entsenden könnte als Müller.

Die Wahl bedeutet aber noch etwas ganz anderes. Es dreht sich nicht um Müller, sondern es dreht sich darum, welche Partei gegenwärtig gestärkt werden soll, so daß die Regierung und die herrschenden Klassen nicht im Zweifel sein können, was die Bevölkerung denkt und will.

Parteilgenossen! Wer heute noch nicht weiß, wie er die politischen Vorgänge zu beurteilen hat, der soll sich als Politiker begraben lassen. Man hat seit mehr denn vier Jahren alle Kräfte aufgewendet, um die breiten Massen zu täuschen, man hat Ihnen eine Illusion nach der andern vorgegaukelt, und eine nach der anderen ist zerfallen. Jetzt allerdings soll ja dem Volke das große Heil werden. Der Königsleitsstaat, der freilich in allen Fugen kraut, der soll auseinandergetrieben werden. Das Deutsche Reich soll parlamentarisiert werden!

Es ist schon schwer für die Junge, dieses Wort auszusprechen. Aber die Vorstellung, die sich damit verknüpft, ist für Sie keine erschreckend, denn wenn die Massen etwas gründlich satibelommen haben in diesen letzten vier Jahren, so ist es das Parlament. Sehr viele Arbeiter des Parlamentarismus haben einsehen gelernt, daß sie nicht vom Parlamentarismus das Licht der Erkenntnis und noch viel weniger den kraftvollen Willen zu erwarten haben. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, die Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und die Erwählten, Ihre Vertreter, vorwärts zu schieben, damit sie das tun, was das Volk will. Man hat seit langem in der alten sozialdemokratischen Partei das Verständnis für diese Aufgabe des Volkes einzuschärfen versucht. Es blieb immer, und wie oft ist es an Ihre Ohren gekommen: „Wenn Ihr gewählt habt, dann müßt Ihr Vertrauen zu Euren Führern haben. Die Führer wissen schon am besten, was Euer Wohl erfordert.“

Eine merkwürdige Auffassung von Demokratie. Aber jetzt viele Arbeiter haben sich leiten lassen von diesem Gedanken. Es ist ja auch so bequem, alle paar Jahre einmal zur Wahl zu gehen, einen Stimmentel in die Urne zu werfen und im übrigen den Erwählten zu überlassen, zu den Len und zu handeln. Aber, Parteilgenossen und -genossinnen, wozu das führt, das haben wir ja erlebt mit erschreckender Deutlichkeit, denn wahrlich, es wäre anders gekommen, wenn die Massen selbst bei Zeiten ihre Führer auf den Weg gerufen hätten, auf dem sie wandern müssen nach den Grundfragen, die uns früher alle befeelt haben. Inzugeben ist es bedeutet etwas, das jetzt Sozialdemokraten, wenn auch nur von nationaler Herabung, auf die Ministerstühle getrieben werden. Ein Sozialdemokrat, der Ernährungsminister, ist zwar schon früher Unterstaatssekretär geworden. Aber Sie wissen, daß es ihm bei seiner Ernennung nicht ganz klar war, ob er noch ein vollständiges Mitglied sein sollte. Jetzt dagegen sollen sozialdemokratische Führer, gleichgültig, ob es Ebert, ob es Legien, ob es Südekum ist oder ob es alle drei sein werden, auf Ministerstühle befördert werden, und zwar von demjenigen Manne, der, es ist ja allerdings schon einige Zeit her, einmal die Sozialdemokraten als „vaterlandlose Gesellen“ bezeichnete, nicht wert, den Namen „Deutsche“ zu führen. Die Weltgeschichte ist doch ironisch! Derselbe Mann, der den Rat erteilte, daß die Sozialdemokraten, und damals waren es ja auch die Ebert und Legien, die Scheidemann und David, ihren Stand von den Pantoffeln abzuhüteln sollen, bekommen nun den Wink, in die Ministerstühle zu kommen und die Ministerportefeuilles zu besetzen. Es ist also ganz sicher und auch von uns nicht zu bezweifeln, das hier ein beachtenswertes Symptom der Zeit vorhanden ist. Vor einem Jahre hatte man trotz der „Gesinnungstüchtigkeit“ der Sozialdemokraten Bürgerlicher Richtung keineswegs daran gedacht, sie zu Ministern zu machen. Bei dem bloßen Gedanken daran hätten sich nicht nur die Führer, sondern auch die bürgerlichen Politiker bezeugt. Und heute, da wollen die Fortschrittler, die Vertreter des Kapitalismus, die Zentrumsleute, die Vertreter der religiösen Bestrebungen, ja sogar die Nationalliberalen, die ihren Anhang in der Schwerindustrie und im Finanzkapital haben, mit diesen Sozialdemokraten zusammen ein Ministerium bilden!

Aber Parteilgenossen, das gerade muß uns bedenklich stimmen. Wie kommt es, daß diese Säure vor den Sozialdemokraten verloren gegangen ist? In den Zeitungen sprechen es ja offen die Bürgerlichen aus. Wir brauchen die Sozialdemokratie jetzt. Und weshalb braucht man die Sozialdemokratie? Weil die Sache schief geht und die Massen, die hinter der Sozialdemokratie einhergehen, aufgeboren werden sollen, um sie für die Unterstützung der Regierung einzufangen, nicht im Sinne des Sozialismus sondern im Sinne der herrschenden Klassen. Dazu sollen Sie ausgenutzt werden.

Der „Vorwärts“ hat vor einigen Tagen ein hübsliches Bild davon entworfen, wie es in Deutschland aussehen wird, wenn die Feinde im Westen in Deutschland einbrechen, wenn die Häuser in Flammen aufgehen, wenn das ganze Volk der Verzweiflung preisgegeben wird.

Parteilgenossen und -genossinnen! So schlimm ist unsere Lage wirklich noch nicht. Aber der „Vorwärts“ braucht diese Farben, weil er das Proletariat heranzulocken will für seine Parole, und diese Parole ist die „nationale Verteidigung.“ Es soll ein Ministerkollegium zusammengesetzt werden aus Zentrumsleuten, Fortschrittler, Nationalliberalen, Regierungssozialisten, als nationales Verteidigungsministerium.

Parteilgenossen! Wir haben allerdings auch als Sozialdemokraten berechtigtes und begründetes Interesse, uns gegen Ueberfälle zu schützen, aber man ist die Voraussetzung, daß wir die Herrschaft in die Hand nehmen, daß wir für uns die Verteidigung organisieren, aber nicht für den gegenwärtigen Staat und nicht im Bunde mit den Anhängern dieses Staates.

Parteilgenossen und -genossinnen! Der Unfug, der seit Jahren damit getrieben wird, daß der Staatsgedanke verherrlicht wird, der schreit ja zum Himmel. Nicht der Staat in abstrakto, nicht der imperialistische Staat, sondern nur der Staat, in dem der Sozialismus zur Verwirklichung kommen soll, das ist derjenige, für den wir alles zu opfern haben, wenn es darauf ankommt.

Parteilgenossen! Wir fragen nun, was die Zentralfrage in der gegenwärtigen Zeit ist? Das ist die Friedensfrage, um die dreht sich alles. Wir wollen uns nicht täuschen und uns nicht täuschen lassen. Man hat Ihnen monatelang vorgebetet, daß es das wichtigste sei, die preussische Wahlrechtsvorlage zur Durchführung zu bringen. Sie haben, wie ich beobachtet habe, mit richtigem Instinkt herausgesehen, daß diese Frage gewiß ihre große politische Bedeutung hat, daß sie aber in den Hintergrund gedrängt ist durch die Friedensfrage, durch die Frage, wie kommen wir zum Frieden?

Und Parteilgenossen und -genossinnen! Wir als unabhängige Sozialdemokratie wollen durchaus nicht einen Frieden um jeden Preis. Es wäre gerade von unserem Standpunkt ausnützlich, derartige Forderungen anzustellen. Wir wollen einen demokratischen Frieden, und wir wollen einen demokratischen Frieden, nicht erst seit heute und nicht erst seit dem 18. Juli d. J., seit dem Rückzug über die Karne, sondern wir wollen ihn vom ersten Augenblick an.

Man spricht so viel von einem Verständigungsfrieden. Ich habe demgegenüber die Forderung eines demokratischen Friedens aufgestellt. Es ist das ganz etwas anderes. Wir wollen nicht das Heißchen um diese und jene Forderung, um diesen oder jenen Herren Band, sondern wir wollen, daß im Friedensvertrag die demokratischen Forderungen unbedingt und uneingeschränkt zur Durchführung gebracht werden.

Die bisherigen Regierungen haben uns den Frieden nicht bringen können. Wenn man Ihnen erzählt hat, daß sie gern hätten Frieden schließen wollen, so brauchen wir das gernicht zu bestreiten. Aber wir mußten uns klar darüber sein, daß es nicht kommen, als Vertreter der herrschenden Anschauungen wollten sie doch einen Siegfrieden. Werden Scheidemann und Ober, wenn sie ihre Vertrauensmänner in das Ministerium schickten, das können? Im vorigen Herbst waren sie ja bereits an der Ministerbildung beteiligt, als nach dem Abgange Michaelis der neue Reichskanzler gesucht wurde. Sie haben ja mit dem Grafen Hertling, bevor er sein Ministerportefeuille übernahm, die Bedingungen der Regierung vereinbart. Und Hertling hat ein Programm akzeptiert, dem auch die Scheidemann ihre Zustimmung gegeben haben. Ja, diese haben, um sicher zu gehen, noch einen besonderen Vertrauensmann in die Regierung entsandt, Payer, der ausdrücklich als der Vertrauensmann der Sozialdemokratie bezeichnet wurde.

Parteilgenossen! Die Leistungen dieser Männer sind Ihnen bekannt. Haben sie uns den Frieden gebracht, haben sie uns den Frieden auch nur eine Stunde nähergebracht? Nein, heute ist die ganze Welt darüber einig. Im Gegenteil, in der Geschichte wird es für alle Zeiten verzeichnet sein, daß unter der Kanzlerschaft eines Hertling und unter der Regide eines Payer, des Vertrauensmannes der Mehrheitspartei des Reichstags, der Friede von Breslau-Litow und der Friede von Bukarest geschlossen wurden.

Wie wurden wir unabhängigen Sozialdemokraten von den Regierungssozialisten angefaßt, als wir gegen den Frieden mit der Ukraine stimmten. Eine Reihe aussozialistischer Blätter fiel über uns her und rief: „Seht, Ihr Proletariat, was das für Leute sind, die Unabhängigen, einen Friedensvertrag lehnen sie ab? Ein Teil dieser Blätter machte sogar Scheidemann und Ober den Vorwurf, daß sie für den Frieden mit Groß-Rußland nicht direkt gestimmt hätten, sondern sich nur der Stimme enthalten hätten.

Parteilgenossen! Der Frieden mit der Ukraine sollte die erste Etappe auf dem Wege zum allgemeinen Frieden sein! Heute steht schon jedes politische Kind ein, wie weit wir uns durch diesen Friedensvertrag vom allgemeinen Frieden entfernt haben. Parteilgenossen! Man hat Ihnen vorgebetet, daß sei der Preisfrieden, man hat Ihnen den Mund wässrig gemacht, hat Ihnen erzählt, was nun alles für herrliche Sachen aus der Ukraine kommen würden. Parteilgenossen, wir als Vertreter unserer internationalsozialistischen Anschauungen wären gegen diesen Frieden gewesen, selbst wenn wir durch ihn Brot hätten erzielen können, weil dieses Brot nur erzielt werden konnte durch Mittel der Gewalt, die wir nicht anwenden wollten. Wir sind, obwohl wir am äußersten linken Neben, noch so altförmlich, daß wir den schlichten moralischen Grundsatz vertreten, den unsere großen Lehrmeister Marx und Engels nie vergessen haben:

Was Du nicht willst, das man Dir tu,
Das füg' auch keinem andern zu.

Wir sind Sozialdemokraten und wissen, daß in der Ukraine auch Arbeiter leben, Arbeiter, wie deutsche Arbeiter, Arbeiter von denselben Grundsatzungen, denselben Gesetzen. Wir wissen, daß Menschen dort

sind, die wie wir gehungert haben, und wir wollen uns nicht Brot dadurch verschaffen, daß wir unsere Bajonette gegen die ukrainischen Bauern aufspitzen, um ihnen das Brot abzujagen. Solches Vorgehen verurteilen wir. Als unabhängige Sozialdemokraten sagten wir uns, man könne mit Bajonetten zwar viel machen, aber nicht Brot und wir haben deshalb das Märchen vom Brotsfrieden bekämpft. Wer Recht behalten hat, hat die Geschichte sehr schnell gelehrt.

Noch schlimmer war der Friede mit Groß-Rußland. Man hatte sich mit den russischen Vertretern, unseren Genossen Josse und Trojki an den Verhandlungstisch gesetzt mit dem Versprechen eines Friedens ohne Annexionen, ohne Kontributionen, Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Alle Verprechungen wurden in den Wind geschlagen. Der Friede ist ein Gewaltfrieden schlimmster Art geworden, und die Entente erklärt heute, dieser Frieden dürfe nicht aufrecht erhalten werden, ebensowenig wie der Friede von Bukarest.

Gegen, der österreichische Staatsminister, der sich in die Loge der Volkstrenndlichkeit und des modernen Diplomaten zu hüllen versuchte, ist mit verantwortlich für diesen Friedensschluß. Der Mann, der versichert, es darf nicht angetastet werden, hat dafür gesorgt, daß bei dem Frieden in Bukarest ein Stück Land an Ungarn abgetreten wurde. Sehr kurzfristig, sehr vorschnell ist man dabei gewesen, denn es sieht nicht so aus, als ob die Annektionen ein langos Boden haben würden.

Wolle vier Jahre hindurch hat man uns erzählt, Oesterreich und Deutschland wolle ja gar nicht annektieren. Was französisch ist, soll französisch, was belgisch ist, soll belgisch, was italienisch ist, soll italienisch und was russisch ist, soll russisch bleiben, was deutsch ist, soll auch deutsch bleiben. Aber als die Probe gemacht wurde, war das vergessen, da nahm man Rumänien ein Stück weg, da zerstückelte man Rußland. Klamm war aber der Gewaltfrieden von Breslau-Litow geschlossen, kaum hatte Rußland „ewigen Frieden und ewige Freundschaft“ versichert. — so lautet die Klausel — da war der Appetit noch nicht befriedigt. Also „og in das Don- und Kuban-Gebiet, verlegte also sofort diesen „ewigen“ Friedensvertrag.

Parteilgenossen! Diese Verträge können keinen Segen bringen, sie können nicht von langer Dauer sein. Lenin sprach es schon beim Friedensschluß aus, als er ihn vor dem Sowjet verteidigte: „Wir haben ihn schließen müssen, weil wir eine Atempause brauchen. Es geht uns so, wie es 1807 nach dem Tilsiter Friedensschluß ging.“ Nun, Genossen, hat sich die Welt in diesem Jahrhundert aber verändert und die politische Situation ist eine ganz andere geworden. Unsere russischen Genossen haben nicht nötig, hoffe ich, die Waffen jemals zu diesem Zweck zu erheben, sondern der Gang der Ereignisse wird sehr bald dahin führen, daß die Völker ihre Geschichte selber bestimmen, d. h., daß das von uns immer geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker voll zur Durchführung kommt.

Parteilgenossen! Seit gestern kurzstert eine große Ministerliste. Der Minister werden wird, ist noch nicht sicher. Man hat Herrn von Payer zum Kanzler vorgeschlagen. Herr v. Payer mag alle Verdienste haben, die ihm seine Freunde zuertheilen. Aber daß er in diesem Augenblick der Friedenskanzler sein sollte, erscheint mir etwas zweifelhaft. Hat doch dieser Herr vor wenigen Wochen in seiner Stuttgarter Rede gesagt, die Wiederherstellung des territorialen Zustandes vor dem Kriege ist überall möglich, nur nicht im Osten und er hat, mit dem Finger gegen die Entente drohend gedehnt: „Wir werden niemand gestatten, in die Randstaatenfrage einzutreten. Die Friedensverträge können von uns nicht der Entente zur Genehmigung vorgelegt werden.“ In unserer schnelllebigen Zeit sind so scheinbar widersprüchliche Worte schnell über den Haufen geworfen. Dieser Herr von Payer hat schon vor wenigen Tagen in den Wein seiner Festigkeit einige Tropfen Wasser gesehen müssen. Er hat in der Budgetkommission zugestanden, daß man ja schließlich auf dem allgemeinen Kongress noch über die Randstaaten reden könne.

Bei dieser Gelegenheit hat er den Grundsatz vertreten, daß in Aurland, Südband und Estland die bestehenden Mitterschichtlichen Vertretungen, Vertretungen nach Art der Reichsbürglichen Mitterschichten, Verträge abschließen sollen mit dem Deutschen Reich und daß erst später eine Volksvertretung auf breiter Grundlage die endgültige konstitutive Gestaltung vorschlagen soll. Das bedeutet die Verhöhnung des freien Selbstbestimmungsrechtes.

So, Parteilgenossen, einen „Friedenskanzler“, der in dieser Zeit von neuem Friedenshindernisse aufwirft, denn das sind jene Vorschläge, lassen sich die Völker nicht gefallen; er scheint mir wenig geeignet, uns den Frieden zu bringen.

Und die Parteien? Die Fortschrittliche Partei und das Zentrum haben mit den Nationalliberalen und den Konservativen lange Zeit im Reichstage erkört, Belgien müsse finanziell, politisch, wirtschaftlich, militärisch in unserer Hand bleiben. Freilich, die Herren haben etwas unlernen müssen, nicht aus Grundfatz, sondern weil sie lernen mußten, weil der Zwang der Tatsachen zu stark ist. Heutzutage wollen sie schon alle Belgien herausgeben, heute wollen sie Belgien als einen unabhängigen und einen selbständigen Staat in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung anerkennen. Hier geht es uns aber, wie schon vielfach in der Politik: Zu spät, das ist heute nicht mehr genügend.

Herr Payer erklärte noch in seiner Stuttgarter Rede: „Belgien ist nicht schuldlos an seinem Schicksal.“ Erzberger vom Zentrum gibt eine Prognose heraus, in der er auseinandersetzt, daß Belgien unerschuldlich überfallen sei. Und Dernburg schreibt vor einigen Tagen im „Berliner Tageblatt“, daß Belgien ohne sein Verschulden in die Weltkriege hineingezogen ist.

Warum dümmert alle Welt den Gedanken erst nach 4 Jahren? Sie erinnern sich, als ich im Reichstage zum ersten Mal den Gedanken aussprach: „Belgien muß wiederhergestellt und entschädigt werden, es ist ihm ausdrücklich zugesagt worden“, wurde ich unheimlich, wurde ich als Vaterlandsverräter beschrien. Auch aus den Reihen der Sozialdemokraten kamen solche Vorwürfe. Heute fordern sogar die Fortschrittler und Zentrumsleute die Wiederherstellung Belgiens, heute beschuldigen sie sich sogar mit dem Gedanken, ob wir Belgien nicht entschädigen sollen. Früher war es ganz anders. Sie haben die Hauptstahltheorie behauptet. „Weshalb soll man nicht Belgien in der Hand behalten?“ so hat ein Teil von ihnen uns zugerufen. Noch bis zur Unterredung Trevels und Oberis haben sich die Regierungssozialisten gekränkt, die Entschädigungspflicht anzuerkennen. Wir können nicht vergessen, daß durch diese Haltung es wesentlich verschärft ist, daß der Haß bei den Neutralen gegen Deutschland aufgeschwemmt ist und daß wir bei den Gelegenheiten, bei denen wir dem Frieden nahe waren, nicht zum Frieden gelangen konnten.

Heute besaßen sich die bürgerlichen Parteien damit, Elsaß-Lothringen eine Autonomie zu geben, die kaiserliche Staatsherrschaft zu beseitigen, es zu einem selbständigen Staat zu machen. Ich weiß nicht, ob die Herren dabei meinen Rat, den ich ihnen im Reichstage 1915 gab, beachten wollten, nämlich: die republikanische Verfassung einzuführen. Nicht nur, weil wir als Sozialdemokraten diese Verfassungsreform grundsätzlich fordern, sondern weil es auch eine Förderung der Humanität ist. Denn es ist bekannt, daß die Chronikanten für Elsaß-Lothringen sich die verschiedenen Fürstentümer und fürstlichen Anverwandten gemeldet haben, und wir möchten nicht, daß aus diesem Anlaß die verschiedenen Anwärter sich in die Haare geraten. Um nicht noch eine neue Verwirrung zu schaffen, muß eine völlig demokratische Regierung den Elsaß-Lothringern gewährt werden.

Wir setzen aber den Dingen klar ins Auge und fragen uns: Ist damit der Friede jetzt zu erreichen? Seine Forderung war wichtig vor dem Kriege, war wertvoll bei Beginn des Krieges, auch heute noch von Bedeutung. Aber wir wollen uns nichts vormachen. Auch wenn diese Forderung erfüllt wird, damit erreichen wir noch nicht den Frieden. Wir sondern in dieser Frage auf dem gleichen Standpunkt wie Jaures, wie die französischen Freunde, die mit uns für die Forderungen der Autonomie Elsaß-Lothringens innerhalb des Deutschen Reiches gekämpft haben. Wir wollen gemeinsam diesen Kampf bestreiten. Noch 1913 haben wir mit unseren Genossen in Frankreich einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht, in dem angeführt wurde, Elsaß-Lothringen soll bei Deutschland bleiben, es soll nur ein freier, unabhängiger Staat im Gebilde des Deutschen Reiches werden, damit nicht um Elsaß-Lothringens willen Blut fließe.

Es ist anders gekommen. Wir haben den Krieg nicht verhindern können, und Elsaß-Lothringen ist noch nicht ein selbständiger Bundesstaat. Jetzt ist diese Frage eine internationale Frage geworden, die den allgemeinen Friedenskongress beschäftigen wird, ob man will oder nicht will. Der Straßburger Friedensvertrag von 1871 hat durch den Krieg zerfallen. Die Bevölkerung will ihr Geschick selbst in die Hand nehmen. Uns ist als internationalen Sozialisten unsere Haltung klar vorgeschrieben. Wir erklären: Laßt die Bevölkerung entscheiden. Wir wollen uns dagegen, daß diese Frage den Krieg auch nur eine Minute verlängert. Nicht deshalb, weil Elsaß einmal zu Frankreich gehört hat, muß es wieder zurückgebracht werden. Wir sind keine Anhänger des sogenannten historischen Rechts, aber wir erkennen das Selbstbestimmungsrecht auch für Elsaß-Lothringen an. Wir haben deswegen auch in Stockholm den Standpunkt vertreten: Die Elsaß-Lothringer Bevölkerung soll in freier unbefangener Abstimmung selbst die Entscheidung treffen, welchem Staat sie angehören will. Sagt sie aber, sie wolle von Deutschland los, sollen wir da die Bevölkerung vergewaltigen, noch mehr Menschen töten, noch mehr Schulden machen? Parteilgenossen, wenn man das Selbstbestimmungsrecht der Völker achtet, dann kann man zu einem Frieden kommen. Aber man darf es nicht nur mit den Lippen, sondern achten durch die Tat. Breslau-Litow hat uns gelehrt, wie es nicht gemacht werden darf. Die Entente weiß auf Breslau-Litow und Bukarest hin und erklärt:

„So steht das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Regierung, der deutschen Mehrheitspartei aus.“ Fortschrittler, Zentrumsleute, Nationalliberale haben für alle diese Verträge gestimmt. Die Mehrheitssozialisten haben für den Bukarester Vertrag und den Vertrag mit der Ukraine gestimmt und sie haben bei dem Vertrag mit Groß-Rußland nicht dagegen gestimmt.

Zum Frieden ist es erforderlich, daß das Mißtrauen der Welt überwunden wird! Sind nun diejenigen, die an diesen Taten schuld sind, befähigt, das Mißtrauen zu zerstören? Der Frieden ist auf dem Marsche, er kommt, Parteilgenossen, das ist jetzt meine sichere Zuversicht. Ich habe nie, wie Sie wissen, Optimismus in der Friedensfrage verbreitet. Ich habe Ihnen früher die Schwierigkeiten auseinandergesetzt, aber jetzt reifen unsere Früchte. Es kommt anders, als viele es wollen, in mancher Beziehung auch anders, wie wir es wünschen.

Wie anders ist heute das Bild als im Juli. Damals haben wir im „Vorwärts“ gelesen, daß, weil die Gegner nicht Frieden schließen wollen, solle das Schwert die Entscheidung bringen. Das Schwert wurde vom Zentralorgan als das Heilmittel in den Aden angeboten. Rühlmann war sogar etwas vorsichtiger, als er aussprach: „Durch die Waffen allein wird dieser Krieg nicht ausgefochten.“

Jetzt allerdings denkt man nicht daran, daß das deutsche Schwert uns den Frieden bringt. Im Juli wurde das Schwert gelandt, wenn man daran zweifelte, daß unsere Truppen in diesem Sommer in

Paris einrücken, die Engländer vom Kontinent wegzulagen und Italien den Frieden diktieren würden.

Es ist anders gekommen. Das Kriegsglück ist eben, wie das Glück überhaupt, wandelbar.

Parteiengenossen! Wir sind jetzt in dem Stadium der Wandlung. Der eine unserer Bundesgenossen, dessen Bundestrene bis vor wenigen Wochen noch in den hellsten Farben gemalt, in den lüthtesten Tönen gepriesen wurde, erklärt: Ich kann nicht mehr, ich muß Frieden schließen.

Parteiengenossen und -genossinnen, es ist eine oberflächliche Betrachtung, wenn man die Sache so darstellt, als ob dabei Verrat im Spiele wäre. Der Waffenstillstand ist unerschrieben; die Friedensverhandlungen sind im Gange. Wir haben damit zu rechnen, daß Bulgarien aus der Reihe der Kriegsführenden ausscheidet. Das ist eine wichtige Tatsache.

Sie wissen ferner, daß in Palästina das türkische Heer geschlagen ist.

Parteiengenossen! Soll unserem Volke auch jetzt wieder Sand in die Augen gestreut werden? In Oesterreich-Ungarn drängen die Massen der Bevölkerung zum Frieden. Und wenn Graf Burian bereits eine Stelle für die Verhandlungen bei der Königin Wilhelmina bestellt hat, so zeigt dies an, daß er so schnell wie möglich zum Ende kommen will. Man hat damit zu rechnen, daß auch von dieser Seite Verhandlungen beginnen.

Ich spreche in diesem Augenblick nicht von unserem grundsätzlichen Standpunkt, ich stelle mich einmal auf den Standpunkt der Mehrheit des Reichstags: Will sie dann etwa auch noch den Krieg weiterführen, Opfer bringen, will sie auch dann noch verantworten, daß Millionen unserer Brüder getötet, Hunderttausende zu Krüppeln geschossen werden, daß wir weiter in das Elend getrieben werden?

Schon von diesem Gesichtspunkte aus hat die Parole zu lauten: Der Frieden muß schleunig geschlossen werden. Aber darf nicht geschlossen werden in der Dunkelkammer der Diplomaten. Der Frieden kann uns nur Segen bringen, wenn die Völker ihn schließen, wenn sie dafür sorgen, daß jede Vergeßlichkeit unterbleibt. Wir wären ja geradezu Verbrecher, wenn wir mit dem Gedanken spielen, es läme ja garnicht darauf an, ob wir von der Entente vergeßlicht werden, wenn wir nur Frieden bekommen.

Alle diese Fragen drängen sich an dem Bahntag zusammen, jede Minute, die jetzt verfliehet, ist wichtig. Jetzt darf es keinen Schläfer, keinen Trägen oder Gleichgültigen unter uns geben. Jetzt ruht auf jeder Schulter die volle Last der Verantwortung. Parteiengenossen, bei diesem Frieden sollen Sie alle mitsprechen. Ihre Stimme, die Stimme des Proletariats, die Stimme der internationalen Sozialdemokratie soll gehört werden; sie sollen den Frieden mitzimmern, daß er ein festes, unerschütterliches Gebäude für alle Zeiten wird.

Die deutschen Heere, die deutschen Soldaten haben wie die Soldaten anderer Völker Uebermenschliches geleistet. Wer hat es früher für denkbar gehalten, daß Menschen das aushalten können. Die Soldaten sind aber nicht dasselbe wie der Militarismus. Gegen diese Begriffsverwechslung haben wir uns lange genug gewehrt, aber die Begriffe werden immer wieder verwirrt. Unsere Soldaten, Brüder, Söhne, die an den Fronten stehen, greifen wir nicht an, wenn wir uns gegen den Militarismus wenden. Der Militarismus ist jenes besonders in Preußen ausgebildete System, bei dem der Zivilist nichts zu sagen hat, das Militär alles. Dagegen wenden wir uns. Und dieses System ist in letzter Zeit zusammengebrochen, auch wenn es äußerlich in glänzender Hülle dasteht.

Dieses System aber gibt sich selbst noch nicht verloren. Es wäre wieder eine Illusion, wenn Sie das glaubten. O nein, unsere Militärpartei wird sich durchsetzen versuchen und das gibt Reibungen und Kämpfe; diese Kämpfe haben wir durchzuführen. Wir sind in der glücklichen Lage, dies jetzt viel wirkungsvoller tun zu können, nachdem manchem vor der Gottähnlichkeit der Träger jenes Systems bange geworden ist. Parteiengenossen, die herrschenden Klassen danken nie von selbst ab. Sie machen zuweilen Konzessionen, wenn ihnen das Wasser bis an die Kehle geht. Dann besinnen sie sich sogar auf das Volk, dann rufen sie das Volk zum Beistand auf. Aber bilden Sie sich doch nicht ein, daß das immer so bleibt, wenn der Mohr keine Schuldigkeit getan hat, kann er prözen.

Sehr bezeichnend war die Rede, die Graf Hertling im Herrenhaus gehalten hat, als er den hohen und erlauchten Herren Karzumahen versuchte, daß sie das gleiche Wahlrecht, — das sogenannte gleiche Wahlrecht, wie es die Regierung versteht — bewilligen sollten. Da sagte Graf Hertling nicht etwa, das Wahlrecht gebühre dem Volk, längst hätte diese Forderung bewilligt werden müssen, die Gleichheit alles dessen, was Menschenantkith trägt, müsse in der Gesetzgebung anerkannt werden, die Heranziehung aller zu den Lasten erfordere es, daß das gleiche Wahlrecht gewährt werde, sondern er sagte, es handle sich um den Schutz und die Erhaltung von Krone und Dynastie.

Da war mit einem Mal die Situation beleuchtet. Nur weil die Krone und Dynastie nach Anschauung des Grafen Hertling — und der muß es doch wissen — in Gefahr sind, soll dem Volke ein Beruhigungspulver gegeben werden. P. G., aus demselben Gedankengang heraus kommt ja nun auch die Aufforderung, es sollten Vertreter des Volkes berufen werden, um an dem Geschehede des Reichs fortan teilzunehmen, d. h. es sollten Vertrauensleute des Volkes in die Regierung gesandt werden. Wenn die Zeiten der Not vorüber sind, hat man manchmal in der Geschichte vergessen, was in solchen Zeiten versprochen ist. Wenn das Volk glaubt, Freiheiten und Rechte von oben herab als Geschenk entgegennehmen zu können, dann ist es oft genug geprellt worden.

Wir haben auf der Wacht zu sein. Sie haben Ihre ganze Kraft einzusetzen, daß Zustände kommen, die es unmöglich machen, daß dasjenige, was jetzt geschieht, irgendwie später rückgängig gemacht wird.

P. G., das gleiche Wahlrecht muß kommen. Selbstverständlich muß noch viel mehr kommen. Das was die

preussische Regierung uns bietet, ist ja gar nicht das gleiche Wahlrecht. Ich will das nicht im einzelnen auseinandersehen. Wenn selbst die Regierungsvorlage angenommen wird mit der Erweiterung der Rechte des Herrenhauses, dann bleiben die Volksrechte verkrüppelt. Wenn aber gar die Vorlage des Abgeordnetenhauses mit all den Sicherungen gegen die Volksrechte angenommen wird, so liegt die Sache so, daß zwar das Volk alle paar Jahre wählen kann, daß aber das gewählte Parlament, wenn es sich um Ausgestaltung seiner Rechte handelt, ohnmächtig ist.

Und das soll eine große Errungenschaft sein! Es wird schon als große Errungenschaft verkündet werden, wenn das preussische Abgeordnetenhaus aufgelöst wird. P. G., soll nach dem Dreiklassenystem, nach dem elendesten aller bisherigen Systeme, jetzt im Kriege wieder gewählt werden? Ist es den Herren mit den Rechten des Volkes ernst, wollen sie das gleiche, direkte, geheime Wahlrecht wirklich gewähren, dann sollen sie es schnell machen und nicht auf diesem Wege weitergehen, dann sollen sie den Weg einschlagen, denn wir ihnen wiederholt gezeigt haben, dann sollen sie im Reichstage für alle Bundesstaaten, auch für Preußen, das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht einführen.

P. G. Es hat Zeiten in der Geschichte gegeben — und die jetzigen Stunden erinnern daran — in denen die Herrschenden zwar Konzessionen machten, ein Reformchen bewilligten und dann glaubten, daß im übrigen alles beim alten bleiben könne. Sie haben sich dann getäuscht und es kam bald eine Zeit, wo in einer Stunde das gemacht wurde, wozu die Herren 30, 40, 50 Jahre Ueberlegung gebraucht haben. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so werden auch wir in eine Periode hineinkommen, in der die Massen viel mehr fordern und rasch durchsetzen werden. Die preussische Landtagswahl nach dem indirekten öffentlichen Klassenwahlrecht wird dann eine nebensächliche Bedeutung haben. Die schnelle ganze Demokratisierung Preußens und des ganzen Deutschlands ist die Forderung, die erfüllt werden muß. Und, P. G. damit wir diese Forderung nachdrücklich vertreten können, dazu brauchen wir auch im Reichstage Verstärkung. Sie können uns keine bessere Stärkung schaffen, als wenn Sie Ihre Stimme geben dem von der Unabhängigen Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten Richard Müller, wenn Sie Müller mit dem Mandate eines Reichstagsabgeordneten betrauen. Handeln Sie danach, wählen Sie am 15. für die Unabhängige Sozialdemokratie, seien Sie vor allem auch eingebend an allen anderen Tagen, welche Aufgaben Sie haben. Bleiben Sie, was Sie sind, stärken Sie in sich das Gefühl, ein internationaler Sozialist zu sein, dann werden Sie mehr erreichen als das gleiche Wahlrecht. Dann können wir sagen, aus den Trümmern der Welt, aus den Trümmern Deutschlands wird erblühen ein neues Reich, ein Reich der Freiheit, Wohlfaht, des Sozialismus, ein Reich, in dem es keinen Krieg mehr geben kann: das Reich des ewigen Friedens!! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Groß-Berliner Chronik.

Auf den Kunstabend des Bezirks-Bildungsausschusses am 19. Oktober sei an dieser Stelle aufmerksam gemacht. Näheres ist aus dem Inserat in dieser Nummer ersichtlich.

Die Leuerungszulage für städtische Beamte, Angestellte, Arbeiter und Hilfskräfte, die der Magistrat der Stadt bezordneterversammlung vorgelegt hat, ist von dem mit der besonderen Prüfung der Materie betrauten Ausschuss in erheblichem Maße verbessert worden. So wurden die Zulagen für die Beamten in den einzelnen Klassen um je 100 Mark hinausgehoben; die Kinderzulagen von 100 Mark auf 150 Mark erhöht. Soweit es sich um die einmalige Zulage für die Arbeiter und Hilfskräfte handelt, wollte der Magistrat den neunfachen Betrag der monatlichen Leuerungszulage geben. Unsere Vertreter verlangten, man solle durchschnittlich 600 Mark geben und auch denjenigen unter einem Jahre, die der Magistrat überhaupt nicht berücksichtigt wollte, für jeden Monat 1 Zwölftel von 600 Mark zugestehen. Ein Antrag bürgerlicher Mitglieder wollte den zehnfachen anstatt den neunfachen Betrag bewilligen. Schließlich griff der Vorsitzende zu einem Vermittlungsantrag, um ein einheitliches Votum herbeizuführen. Für den Fall, daß wir unsere Anträge zurückziehen würden, war er bereit, den elffachen Betrag zu beantragen, wobei er auch unsern Antrag, den unter einem Jahre Beschäftigten für jeden Monat 1 Zwölftel zuzuwenden, befristete. Auf dieser Grundlage kam schließlich unter Zurückziehung aller Anträge ein einmütiger Beschluß zustande, den elffachen Betrag zu geben, außerdem wurde unser Antrag auf Berücksichtigung der unter einem Jahre Beschäftigten einstimmig angenommen. Diese Einstimmigkeit dürfte auf den Magistrat von großem Einfluß sein, denn die Beschlüsse des Ausschusses enthalten eine Gesamtausgabe von etwa 25 Millionen Mark gegen 19 Millionen, welche die Magistratsvorlage erforderte. Seit langem ist wohl keine Gehaltsvorlage aus einem Ausschuss in so erheblicher verbesserter Form herausgekommen wie in diesem Falle.

Es waren auch unter vielen Anstellten Bedenken entstanden, ob die leer ausgehen, die mehr als 3000 Mark Einkommen haben. Es wurde daraufgestellt, daß das ein Irrtum sei, es handle sich bei Angabe dieser Einkommensgrenze nur um die Berechnung der Zulage.

Die für große Kreise interessanten Beschlüsse sind folgende:

Diejenigen Angestellten, die die Leuerungszulage in Klasse IV erhalten: 700 Mark, in Klasse III 800 Mark, in Klasse II 900 Mark, in Klasse I 1000 Mark. Außerdem für jedes zu unterhaltende Kind einen Zuschlag von je 150 Mark. Auch Magistratsmitglieder sollen diese Zulage erhalten. An Ledige werden 70 Proz. obersiehender Zulage bewilligt. Diejenigen jedoch, die in eigenen Haushalt Angehörige zu unterhalten ver-

pflichtet sind, werden im Bezuge der einmaligen Leuerungszulage den Verheirateten gleichgestellt.

Den auf Privatdienstvertrag beschäftigten Hilfskräften und den städtischen Arbeitern wird, sofern sie ein Jahr oder länger im Dienste der Stadt stehen, der 11fache Betrag der monatlichen Leuerungszulage, wie sie für die Einkommen bis 3000 Mark zuständig ist, bemessen. Das ist für Verheiratete ohne Kinder 11mal 35 Mark — 385 Mark. Der Mindestsatz soll jedoch 400 Mark betragen. Für Verheiratete mit einem Kind 11mal 42,50 Mark — 467,50 Mark, mit zwei Kindern 11mal 50 Mark — 550 Mark, mit drei Kindern 11mal 57,50 Mark — 632,50 Mark, mit 4 Kindern 11mal 65 Mark — 715 Mark u.s.f. Eine Begrenzung, wie sie die Magistratsvorlage vornahm, fällt fort. Ledige erhalten, sofern sie länger als ein Jahr beschäftigt sind, den 11fachen Betrag ihrer Leuerungszulage, also 11mal 22 Mark — 242 Mark. Die Hilfskräfte und Arbeiter, die noch nicht ein volles Jahr beschäftigt sind, sollen für jeden Monat der Beschäftigung ein Zwölftel obiger Sätze erhalten.

Die im Ruhestand befindlichen Beamten und dauernd Angestellten, welche laufende Kriegsbeihilfe erhalten, erhalten die Hälfte der für Angestellte und Beamte vorgesehenen Leuerungszulage, Ledige gleichfalls 70 Proz. dieser Beträge. Die im Ruhestand befindlichen Nichtangestellten und Arbeiter sollen einmalig einen Zuschlag von 150 Mark, für jedes Kind 50 Mark Zuschlag erhalten.

Die Magistratsvertreter gaben die Erklärung ab, daß das in Kost und Logis befindliche Personal der Heil- und Pflanzanstalten gleichfalls die einmalige Leuerungszulage erhalten soll, da dieselbe ja zur Neuanschaffung von Wirtschaftsgegenständen, Kleidern und so weiter gedacht ist.

Für die Angestellten und Arbeiter der städtischen Bezirksämter soll die Leuerungszulage durch eine besondere Vorlage geregelt werden. Auf Grund dieser Erklärungen wurden die zu diesen Punkten von den sozialdemokratischen Vertretern gestellten Anträge zurückgezogen.

Bei Unterbrechung der Arbeit sollen die gleichen Grundsätze Anwendung finden, wie sie üblich sind bei der Berechnung des Ruhegeldes. Unterbrechungen von wenigen Tagen werden nicht gerechnet. Erfolgt die Unterbrechung wegen Krankheit und dauert längere Zeit so soll von Fall zu Fall entschieden werden, um Härten zu vermeiden.

Die Magistratsvertreter gaben noch die Erklärung ab, daß für eintretende zu wollen, daß als dauernd Angestellte diejenigen anzusehen sind, bei denen die Stadt die Absicht hat, sie dauernd zu behalten, sei jedoch jemand 6 Jahre an einer Stelle seit 1912 beschäftigt worden, soll er ohne weiteres als dauernd Angestellter betrachtet werden. Hat die Beschäftigung nicht an einer Stelle stattgefunden, so soll eine siebenjährige Beschäftigung in Betrieben der Stadt Berlin das Merkmal der dauernden Beschäftigung bilden. Besont wurde, daß die Beschlüsse des Ausschusses erheblich über den Rahmen der Magistratsvorlage hinausgingen und dadurch ein weiterer erheblicher Kostenaufwand erforderlich wäre.

Da die Beschlüsse im Ausschuss einstimmig gefaßt wurden, ist damit zu rechnen, daß der Magistrat den Beschlüssen beitreten wird. Gewünscht wurde noch, die Auszahlung der einmaligen Leuerungszulagen zu beschleunigen, sie mindestens noch im Oktober vorzunehmen.

Regina Friedländer, eine äußerst tüchtige Parteiengosin, ist im Alter von 33 Jahren gestorben. Genosin Friedländer kam als junges Mädchen zum Sozialismus. Als Handlungsgehilfin wirkte sie als Fraulein Krauß ununterbrochen für Ausklärung unter dem Handlungsgehilfenproletariat. Das war bei den Vorurteilen unter den Handlungsgehilfen keine leichte Aufgabe. Aber gerade diese Schwierigkeit ließ unsere Genosin nicht irre werden. Jäh und ausdauernd war sie immer wieder zur Stelle. Auch in der politischen Bewegung hat sie klar und entschieden der Sache des Proletariats gebient. Immer aber vertrat die Verstorbene den Standpunkt des reinen unerschütterlichen Klassenkampfes. Ihre Zuverlässigkeit und Festigkeit ihrer Gesinnung sichert der Genosin Friedländer ein dauerndes Andenken.

Folgen des Krieges. In der „Deutschen Tageszeitung“ ist zu lesen: Bei einem Diebstahl auf dem Hauptpostamt in der Nacht zum 25. September sind den Dieben 70 Millionen Mark in unverschämten Reichsschatkammerungen, die am 30. September fällig waren, in die Hände gefallen. Als günstiger Umstand ist zu betrachten, daß bisher noch kein gestohlener Reichsschatkammer der Reichsschatkammerverwaltung präsentiert worden ist. Das läßt die Vermutung zu, daß die Veräußerung des Raubes noch nicht gewagt wurde.

Der Diebstahl ist nur durch grobe Verstöße einzelner Beamten möglich geworden. Die Untersuchung wurde natürlich sofort eingeleitet. Für das Vorkommnis sind in erster Linie die Kriegsverhältnisse verantwortlich zu machen, die auf verantwortliche Stellen vielfach Leute gebracht haben, die unter normalen Verhältnissen niemals solche Posten erlangt hätten. Die Personalnot bei der Post hat, ebenso wie bei der Eisenbahn, heute einen Umfang erreicht, der es geradezu verwunderlich erscheinen läßt, daß der Betrieb überhaupt noch so, wie es geschieht, aufrecht erhalten wird. Welche Verhältnisse heute bei der Post eingerissen sind, geht auch daraus hervor, daß kürzlich bei einem rheinischen Postamt das gesamte weibliche Personal — gegen 30 Personen — festgenommen werden mußte, weil es ganze Sendungen gestohlen hat.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: G. Reib; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 17, Schilderstraße 5.

Druck: Meurer & Dimmig, Berlin, Prinzenstraße 22.